



Sitzung 03/11 des Einwohnerrates

Freitag, 17. Juni 2011, 19.00 - 22.30 Uhr
Bürgerasyl, Jakob und Emma Windler-Saal

Vorsitz:	Marty	Franz	CVP	Präsident
Anwesend:	<u>Einwohnerrat</u>			
	Berner	Georg	parteilos	
	Cantieni	Arthur	SP	
	Derrer	Jörg	SP	Stimmenzähler
	Eimer	Claudia Pia	parteilos	Aktuarin
	Käser	Werner	FDP	
	Knecht	Ursula	FDP	
	Lengwiler	Guido	Pro Stein	
	Marty	Franz	CVP	Präsident
	Oster	Rolf	SP	
	Rietmann	Katharina	Pro Stein	
	Schlatter	Richard	Pro Stein	Vizepräsident
	Schmid	Werner	FDP	Stimmenzähler
	Ullmann	André	Pro Stein	
	Vetterli	Ruedi	parteilos	
	Weibel	Urs	SP	
	<u>Stadtrat</u>			
	Hostettmann	Franz	Stadtpräsident	
	Böhni	Ernst	Werkreferent	
	Hug	Beat	Baureferent	
	Meile	René	Sozialreferent	
	Schilling	Heidi	Finanzreferentin	
	<u>Verwaltung</u>			
	Brügel	Stephan	Stadtschreiber	
	Furger	Martin	Zentralverwalter	
	Hirschi	Beat	Polizeichef/Weibel	
	<u>Geschäftsprüfungskommission</u>			
	Oderbolz	Markus	Präsident GPK	
Entschuldigt:	Häberli	Roland	Mitglied GPK	
	Schäffeler	René	Vizepräsident GPK	
Protokoll:	Widmer	Yvonne	Protokollführerin	

Traktanden

1. Genehmigung des Protokolls vom 8. April 2011
 2. Jahresrechnung 2010: Beratung und Genehmigung
 3. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker
Anpassung Heimreglement, Nachvollzug der gesetzlichen Vorgaben, Orientierung über Leistungsauftrag und Vertrag der Gemeinden Ram- sen, Thayngen und Stein am Rhein betreffend Aufnahmebedingungen
 4. Bildung der Spitex-Organisation Bezirk Stein
Genehmigung des Spitex-Reglements, Stellenplan, Anpassungen und Orientierung über die Leistungsvereinbarungen der Gemeinden Ram- sen, Thayngen und Stein am Rhein betreffend Aufnahmebedingungen
 5. Erneuerung und Sanierung Grundwasserpumpwerk Etzwilen
Erneuerung Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etzwilen nach Stein am Rhein
Erneuerung der Steuerung der Wasserversorgung
Genehmigung des notwendigen Baukredites von Fr. 2'480'000
 6. Verkehrsberuhigung und Sanierung der Strasse und Werkleitungen Langstuck: Genehmigung des notwendigen Baukredites von Fr. 176'000
 7. Strassenentwässerung GB Nr. 2225, Hohrainstrasse – Neubau
Kreditantrag über Fr. 47'000.-
 8. Volksmotion Hagmann „Erarbeiten eines Baueingabeprojektes für die Umnutzung des Zeughauses in ein vollautomatisches Parkhaus“
 9. Motion Käser: Anpassung des Leitbildes der Stadt Stein am Rhein
 10. Motion Knecht: Antrag Änderung Art.4 Geschäftsordnung des Einwoh- nerrates
 11. Postulat Knecht: Überprüfen von Art. 32 Geschäftsordnung des Ein- wohnerrates
 12. Allgemeine Umfrage
-

Einwohnerratspräsident Franz Marty eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr.

Die Traktandenliste wird genehmigt.

1. Genehmigung des Protokolls vom 8. April 2011

Das Protokoll der Sitzung vom 8. April 2011 wird genehmigt.

FINANZEN, Stadtkasse, Jahresrechnung

02.25.010

2. Jahresrechnung 2010: Beratung und Genehmigung

Heidi Schilling, Finanzreferentin, informiert, die Rechnung 2010 schliesse mit einem Überschuss von Fr. 114'000 ab. Im Vergleich zum Voranschlag ist dieser Rechnungsabschluss deutlich besser ausgefallen. Bei den Steuern sind mit Fr. 600'000 die markantesten Mehreinnahmen zu verzeichnen. Fr. 100'000 zusätzliche Einnahmen beim Brennholzverkauf und Fr. 400'000 von der Jakob und Emma Windler-Stiftung für Altersbetreuung sowie ein geringerer Zinsaufwand erlauben zusätzliche Abschreibungen von rund Fr. 700'000. Erneut kann eine Einlage von Fr. 600'000 in den Fonds zur Vorfinanzierung der Sporthalle HOGA getätigt werden. Mit Fr. 3,7 Mio. ist das Fundament für dieses Grossprojekt auf eine solide Basis gestellt.

Der Stadtrat freut sich, dem Einwohnerrat die Rechnung 2010 mit diesen positiven Zahlen vorlegen zu können. Dies ist die fünfte Rechnung in Folge mit solch einem erfreulichen Abschluss. Auf der einen Seite tragen Beiträge der Jakob und Emma Windler-Stiftung von rund Fr. 900'000 dazu bei, dass die Stadtrechnung erheblich entlastet werden kann. Andererseits ist auch eine seit Jahren feststellbare grosse Ausgabendisziplin und Budgettreue feststellbar. Dies alles führt dazu, dass keine Neuverschuldung eingetreten ist, trotz beträchtlicher Nettoinvestitionen. Die letzten fünf positiven Rechnungsabschlüsse haben es erlaubt, Investitionen von rund Fr. 3,5 Mio. ausserordentlich abzuschreiben. Diese Abschreibungen geben wiederum Spielraum für zukünftige Projekte. Wir können von einer gesunden Weiterentwicklung unseres Finanzhaushaltes ausgehen.

Steuern

Die Steuergesetzrevisionen der letzten Jahre und die schrittweise Senkung des Gemeindesteuerfusses von 110 % (im 2006) auf heute 96% haben zu deutlichen Einbussen bei den Gemeindesteuern geführt. Im Vergleich zum Voranschlag 2010 konnten diese Einbussen jedoch durch Mehreinnahmen teilweise kompensiert werden. Die Vorgabe des Finanzhaushaltsgesetzes die Einnahmen und Ausgaben der laufenden Rechnung mittelfristig im Gleichgewicht zu halten, werden mit der Rechnung 2010 erfüllt. Der Stadtrat ist nach wie vor überzeugt, dass sich die schrittweise Senkung der Gemeindesteuer bewährt und dass diese Strategie beibehalten werden soll.

Investitionsrechnung

Die Nettoinvestitionen belaufen sich im 2010 auf Fr. 890'000. Erweiterte Unterhaltsarbeiten dienen dem Werterhalt der städtischen Liegenschaften. Die Verschiebung von Grossprojekten führt zu einer Abweichung gegenüber dem Voranschlag.

GPK

Ende April 2011 hat eine gemeinsame Sitzung der GPK mit dem Stadtrat stattgefunden. Die Aussprache ist zielgerichtet und sehr sachlich geführt worden. Der Stadtrat ist an diesen regelmässig durchgeführten Gesprächen interessiert. Diverse Anregungen der GPK sind vom Stadtrat, soweit wie möglich und auch aus politischer Sicht vertretbar, bereits umgesetzt worden. Der Umgang mit den Planungskosten Parkhaus Untertor sowie der Parkplatzfond führten zu grösseren Diskussionen. Die GPK wünscht sich, dass der Stadtrat für die Entnahmen und Einlagen in den Parkplatzfonds ein verbindliches Konzept erarbeitet. Beim Planungskredit Untertor hat der Stadtrat entschieden, keine Steuergelder einzusetzen und somit die Planungskosten nicht vollständig im 2010 abzuschreiben.

Bauabrechnungen

Bereits vor einem Jahr sind diverse Bauabrechnung dem Einwohnerrat zur Genehmigung vorgelegt worden, diese wurden jedoch vom Stadtrat wieder zurückgezogen. In der Zwischenzeit konnten offene Fragen mit der GPK bereinigt werden und diese Bauabrechnungen werden jetzt dem Einwohnerrat mit der vorliegenden Rechnung zur Genehmigung vorgelegt. Einzig die Abrechnung Herfeld gibt weiterhin Anlass zu Diskussionen. Diese Abrechnung ist zwar zahlenmässig korrekt, jedoch nur rechnerisch nachprüfbar.

Investitions- und Finanzplan

Der Stadtrat ist sich bewusst, dass der Einwohnerrat mit grosser Dringlichkeit auf einen gültigen Investitions- und Finanzplan wartet. Der Finanzplan für die nächsten fünf Jahre wird zurzeit durch den Stadtrat erarbeitet. Die laufenden Einnahmen und Ausgaben werden dabei berücksichtigt, von den geplanten Investitionen werden die Auswirkungen auf den Finanzplan ebenfalls berücksichtigt. Dabei werden alle Aufgaben und Ausgaben im Detail angeschaut. Für jeden Bereich werden die Entwicklungen der letzten Jahre beurteilt, wünschbare Veränderungen werden geprüft und allfällige Massnahmen werden beschlossen. Mit diesem Vorgehen entsteht ein Planungsinstrument von einer hohen Qualität, als Steuerungsinstrument für die finanzielle Führung unserer Gemeinde. Ein einfaches Hochrechnen der heutigen Einnahmen und Ausgaben als Grundlage für den Finanzplan wäre eine Alibiübung, die niemandem wirklich etwas nützt. Der einzige Nachteil einer sehr gründlichen Erarbeitung des Finanzplanes ist, dass diese Aufgabe sehr viel Zeit beansprucht. Spätestens an der Budgetsitzung wird der Finanzplan 2012 bis 2016 dem Einwohnerrat präsentiert.

An dieser Stelle danke ich im Namen des Stadtrates der Jakob und Emma Windler-Stiftung für die namhafte Beteiligung an den Kosten. Ebenso bedanke ich mich bei allen an der vorliegenden Rechnung beteiligten Personen, allen voran beim Zentralverwalter, bei den Mitarbeitern der Verwaltung, bei der Schule und bei der GPK für die gute Arbeit.

Markus Oderbolz, Präsident Geschäftsprüfungskommission, erklärt, dass der ausführliche Bericht der GPK bereits abgegeben worden ist, worin zahlreiche Anregungen der GPK enthalten sind. Es ist wichtig, dass man betreffend Parkplatzfonds konkrete Vorschläge erwarten dürfe. Zudem sei zu erwähnen, dass die GPK, obwohl gesetzlich alles richtig ist, eine andere Ansicht betreffend Rückstellungen und Abschreibungen hat. Das betreffe vor allem diejenigen Kosten, die nach einer negativen Entscheidung des Stimmvolkes, nach Meinung der GPK total abgeschrieben werden müssten.

Ein wichtiges Thema seien die vorliegenden Bauabrechnungen gewesen. Nicht richtig prüfbar war die Bauabrechnung Herfeld, die leider nur rechnerisch geprüft werden konnte. Eine Nachvollziehbarkeit der Überschreitung ist leider nicht erreichbar. Die Planungs- und Bauabrechnungen müssen nach bestimmten Vorgaben vorhanden sein und dazu gibt es Normen. Die GPK möchte den Stadtrat ermuntern, diese bei den beauftragten Planern und ausführenden Gremien einzufordern.

Für die Prüfung einer Rechnung sind die laufenden Planungsrechnungen über Wasser, Kanalisation und Wärmeverbund wichtig; diese liegen leider teilweise nicht vor. Spätestens auf die Budgetsitzung müssen diese Rechnungen vorliegen.

Ein zweiter wichtiger Punkt, der im Bericht nicht erwähnt wurde, ist, dass im Bereich der Visumpflicht bei etwa 10% der Rechnungen Unvollständigkeiten vorherrschen gegenüber dem Reglement der Geschäftsordnung des Stadtrates. Der Stadtrat hat im Gespräch mitgeteilt, dass er sich diesem Thema annehmen und für nächstes Jahr eine Lösung präsentieren wird. Weiter ist aufgefallen, dass in gewissen Budgets (z.B. Feuerwehr) Beträge vorhanden sind, die dann nicht dafür verwendet werden, wie es im Budget vorgesehen wurde.

Die GPK möchte an dieser Stelle allen Beteiligten aus der Verwaltung, vor allem dem Zentralverwalter Martin Furger, sowie auch dem Stadtrat für die sehr gute Arbeit danken.

Eintretensdebatte

Urs Weibel, SP, bestätigt im Namen der Fraktion, dass es sich um einen erfreulichen Rechnungsabschluss handelt und dass das in der heutigen Lage keine Selbstverständlichkeit sei. Es zeige, dass man die Stadtfinanzen auf einer soliden Basis im Griff hat. Da gehe der Dank an alle Beteiligten.

Es fragt sich nun, ob man noch ein Haar in der Suppe suchen soll oder grosszügig loben. Er versuche ein gutes Mittelding zu finden. Es wurde realistisch, vorsichtig budgetiert und es ist besser, die Schraube bei Bedarf zu lockern bzw. Platz für Unvorhergesehenes zu haben, als „böse“ Überraschungen zu erleben. Es ist eine hohe Budgettreue auf allen Stufen und Abteilungen zu erkennen, es gibt einzelne Konten, bei denen die Budgeteinhaltung etwas vernachlässigt wird, wo man den Finger etwas draufhalten sollte. Die zahlreichen Kommentare in der Rechnung sind sehr positiv und machen die Beratung im Rat schon fast überflüssig. In der Detailberatung wird man kaum mehr Fragen stellen können, da die Kommentare so gut und ausführlich abgefasst sind. In der gemeinsamen Sitzung von GPK und Stadtrat konnte ein klärendes Gespräch geführt werden. Die einzelnen Sachverhalte wurden bereits angesprochen, man konnte eine Einigung finden, sodass die GPK die Rechnungen zur Annahme empfiehlt.

Die Fr. 909'604.20 Beiträge der Jakob und Emma Windler-Stiftung dürfen und müssen erwähnt und verdankt werden. Sie sind mit 10% des Steuerertrags nicht wenig und sind Beiträge, die in die laufende Rechnung eingehen und diese entlasten und Stein am Rhein ermöglichen, einen attraktiven Steuerfuss, eine hohe Dienstleistungsqualität in der städtischen Verwaltung zu haben und Platz für verschiedenste Projekte geben.

Gerne hätte man es gesehen, wenn der immer noch fehlende Finanzplan zur Diskussion der Jahresrechnung vorliegen würde. Die Einordnung des Ergebnisses ist etwas schwierig, gerade bei den Gebühren, wenn man nicht weiss, sind diese auf Vorrat oder kommen diese Investitionen wirklich. Man geht davon aus, dass der Finanzplan dann anlässlich der Budgetsitzung in einem halben Jahr vorliegt. Wenn man die Rechnung mit dem noch heute gültigen Finanzplan vergleicht, fällt die Abweichung bei den Investitionen auf, das betrifft auch den Punkt der Rückstellungen, die Markus Oderbolz bereits angesprochen hat. Wenn man diesen Bereich anschaut, sieht man, dass zwar bereits zahlreiche Rückstellungen getilgt werden konnten, aber es sind wieder zahlreiche neue dazugekommen. Viele Projekte sind am Laufen und wurden budgetiert, Altlasten konnten abgearbeitet werden. Zahlreiche Kredite ausserhalb des Budgets wurden bewilligt und diese konnten dann nicht realisiert werden und tauchen jetzt als Rückstellungen auf. Darauf sollte mit dem Finanzplan ein Augenmerk gerichtet werden, dass die budgetierten Projekte auch realisiert werden können.

Betreffend Parkplatzfonds ist die SP-Fraktion auch der Meinung, dass dringend Diskussionen geführt werden müssen über das „Wie weiter?“. Braucht es eine Aufstockung mit Erhöhung von Gebühren? Braucht es eine Revision des Reglements? Aus Sicht der SP ist es in dieser Rechnung korrekt, dass man das gescheiterte Parkhausprojekt nicht einmalig und vollständig abschreibt, weil die Zukunft des Projektes ja auch noch offen ist.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Werner Schmid, FDP, möchte sich kurz fassen, da die wichtigsten Punkte bereits erwähnt wurden. Der Stadtrat präsentiert einmal mehr eine erfreuliche Rechnung, die po-

sitiv abschliesst. Obwohl diverse Sonderpositionen enthalten sind, unter anderem eine weitere Einlage von Fr. 600'000 in den Sporthallenfonds. Ganz wichtig ist die Budgettreue, ohne die ein positives Ergebnis nicht möglich ist und dafür einen grossen Dank an den Stadtrat und alle beteiligten Stellen in der Verwaltung. Einen grossen Dank an die Zentralverwaltung für die ausführlichen Kommentare, welche nicht selbstverständlich sind und es leicht machen, die Abweichungen nachzuvollziehen. Ein Dank auch an die Jakob und Emma Windler- Stiftung für die Mitfinanzierung wichtiger Projekte sowie die Übernahme von laufenden Kosten. Die gesamten Zahlungen der Stiftung belaufen sich mittlerweile auf rund Fr. 900'000, was auch ein Pferdefuss sein kann. Für die Stadt bedeutet das eine wesentliche Entlastung und es besteht die Gefahr, dass man sich darauf abstützt, diese als selbstverständlich nimmt und man davon ausgeht, dass solche Zahlungen einfach immer kommen, man andere Ausgaben beschliesst, da man annimmt, dass dieses Geld sowieso kommt.

Es erstaunt, dass der Parkplatzfonds nun plötzlich auf null ist. Noch letztes Jahr bei der Parkhausvorlage ist man davon ausgegangen, dass man in 2 Jahren Fr. 600'000 aus dem Fonds nehmen kann. Auch wenn spezielle Kosten belastet wurden, ist wichtig, dass man diskutiert, was fliesst in den Parkplatzfonds und was nimmt man wofür heraus und auch wie sollen sich die Parkgebühren weiter entwickeln.

Die wichtigsten Punkte aus dem Bereich der GPK wurden bereits erwähnt. Wünschenswert wäre es gewesen, den Finanzplan jetzt schon vorliegend zu haben. Wir verstehen, wie viel Arbeit hinter einem solchen Finanzplan steht und freuen uns, diesen an der Budgetsitzung dann vorliegend zu haben.

Die bürgerliche Fraktion ist für Eintreten und wird der vorliegenden Rechnung zustimmen.

André Ullmann, Pro Stein, erklärt, dass die Arbeitsgemeinschaft Pro Stein die Rechnung 2010 eingehen geprüft hat. An dieser Rechnung gäbe es nur wenig auszusetzen und wenn, dann auf hohem Niveau. Damit nimmt er auch schon vorweg, dass sie für Eintreten sind und allen Anträgen zustimmen werden.

Er will auf einige positiven Highlights eingehen und auch einige Punkte erwähnen bei denen sie anderer Meinung sind.

Die Rechnung schliesst eigentlich mit einem effektiven Ertragsüberschuss von Fr. 1.43 Mio. ab, d.h., bevor der Stadtrat sich für zusätzliche, übergesetzliche Abschreibungen und für die Rückstellung Sporthallenfonds (Fr. 600'000) entschieden hat. Zweitens haben sie festgestellt, dass die Auswirkungen der Steuerrevision und der Steuerfussenkungen deutlich geringer ausfallen, als befürchtet. Wenn man aber die Zahlen genauer anschaut und die Zu- und Abrechnungen der Vorjahre ausblendet, stellt man fest, die Steuereinnahmen haben gegenüber der Rechnungen 2009 sogar leicht zugenommen haben. Dann gilt es positiv anzumerken, die sehr hohe Budgetdisziplin in allen Bereichen der Ausgaben. Auch aufgefallen ist die sehr strikte Kostenkontrolle und Nachkreditbewilligung durch den Stadtrat. Mit einer Ausnahme, die nicht zu 100% abgeschrieben wurde, wurde alles abgeschrieben, was abgeschrieben werden konnte. Der Sporthallenfonds ist mittlerweile auf Fr. 3,7 Mio. und das Ausgleichskonto – unser Eigenkapital – beträgt stolze Fr. 3,5 Mio.. Dass der Steuerzahler auch in dieser komfortablen finanziellen Situation haushälterisch und gezielt nach Prioritäten mit dem Geld umgehen will, hat er uns an der Urne schon zweimal vor Augen geführt. Die eingeschlagene Politik der schrittweisen Steuerfuss-Senkungen wertet er höher, als die Verwirklichung einzelner wünschbaren oder zu grosszügig ausgerichteten Projekten.

Damit kommt André Ullmann noch auf einige Schwachpunkte der Rechnung zu sprechen.

Einer davon sind die fehlenden Investitionspläne der Spezialrechnungen für Wasser-, Abwasser- und Wärmeverbund vor allem im Zusammenhang mit dem Finanzplan. Diese sollten auch noch in den Finanzplan einbezogen werden. Dies ist der Pro Stein wichtiger, als dass der Finanzplan bereits heute vorgelegen hätte. Aber spätestens mit dem Budget sollte der Finanzplan vorliegen. Sicher notwendig ist das beim Wärmeverbund. Diese Rechnung ist nach wie vor nicht im Lot. Die Bemerkung, dass nicht durch Einnahmen gedeckte Betriebskosten aus dem Erneuerungsfonds genommen werden mussten, sind ein Warnsignal und das bei einem doch tiefen Abschreibungssatz von 4,5%.

Fragen hat die Pro Stein bei der Buchhaltungspraxis betr. Abschreibungen und Rückstellungen. Es kommt darauf an, wie man das Aktivum bei diesen Planungskosten des Parkhauses interpretiert. In der Wirtschaft würde das so nicht toleriert. Wenn ein Aktivum nicht mehr werthaltig ist, ist es auf null abzuschreiben und zwar sofort. Wir bitten den Stadtrat, beim Amt nochmals zu überprüfen, ob wir nicht auch in der Pflicht sind, dieses auf null abzuschreiben. Auf den Parkplatzfonds möchte er nicht mehr eingehen. Sie haben in den letzten Jahren schon immer darauf hingewiesen und sind froh, dass jetzt darin Einigkeit herrscht. Bei den Bauabrechnungen sind sie zufrieden, dass jetzt doch ein grosser Teil erledigt werden konnte und dass die GPK feststellen durfte, dass eine grössere Nachvollziehbarkeit herrscht.

Bei der Herfeld möchte er darauf hinweisen, dass der Stadtrat bittet, dieser Bauabrechnung zuzustimmen und vor allem auch seiner Einschätzung zuzustimmen. Es gibt zwei Punkte, bei denen sie nicht gleicher Meinung sind: Wenn wir als Stadt Bauten erstellen und vermieten, sollten wir uns an die Marktgepflogenheiten halten und diese ist nun mal, dass man Räumlichkeiten im Grundausbau vermietet, dass der Ausbau Sache des Mieters ist. Hätte man das so vorausschauend geplant, hätte man das auch bei der Kreditsprechung so berücksichtigen können. Der zweite Punkt ist die deutliche Kostenüberschreitung gegenüber dem ersten Kredit, der im Einwohnerrat vorgelegt wurde. Dieser betrug damals von Fr. 3,82 Mio. und jetzt in der Schlussabrechnung sind es Fr. 4,94 Mio., was immerhin Mehrkosten von knapp 30% entspricht. Wir kennen teilweise die Gründe. Die Lehre für uns ist nach wie vor, dass es bei Grossprojekten professionellere Bauherrenbegleitung braucht. Wir halten an dieser Forderung fest und werden diese auch im Zusammenhang mit dem Sporthallen-Grossprojekt weiter fordern.

Bei den Mehrausgaben im Bereich Vandalismus finden wir es richtig, dass diese transparent gemacht werden, da diese nicht einfach so hingenommen werden dürfen. Es ist dringlich und wichtig, dass jetzt die Überarbeitung der Polizeiverordnung an die Hand genommen wird, um da auch eine Handhabung zu bekommen gegen solche zusätzlichen Mehrausgaben. Die Mehrausgaben im Sozialbereich wurden von den Vorrednern bereits erwähnt. Gerade in diesem Bereich hat die Jakob und Emma Windler-Stiftung zusätzlich, zu dem was sie bereits in den Vorjahren geleistet hat, wieder Gelder gesprochen. Aber es ist richtig, dass transparent gemacht wird, wie viel Geld das eigentlich ist und in welchen Bereichen. Deshalb auch ein Dank von der Seite Pro Stein für all diese Unterstützung.

Abschliessen möchte er seinen Bericht auch mit dem Dank an alle Budgetverantwortlichen, an alle, die geholfen haben, die Rechnung zu erstellen, vor allem dem Zentralverwalter. Ein besonderer Dank an die GPK, weil es in diesem Kreis einiges mehr zu diskutieren gäbe, wenn die GPK nicht im Vorfeld schon Gespräche mit dem Stadtrat führen würde.

Detailberatung

Seite 9, Vandalismus

Rolf Oster, SP, möchte nochmals auf die Auflistung betreffend Vandalismus hinweisen. Er findet es eine interessante Zahl. Mehr Polizeipräsenz kostet auch, was gemacht werden muss, ist den jungen Leuten Ideen geben, wie sie ihre Freizeit sinnvoll gestalten können. Die neue Polizeiverordnung ist ein Punkt, der andere Punkt ist, dass Ideen präsentiert werden, durch Jugendarbeit, z.B. Jugend Café oder ein Jugendhaus wie in anderen Gemeinden. Es zeigt, dass in diesem Bereich zu wenige Ideen vorhanden sind.

Seite 12, Waldschäden

Richard Schlatter, Pro Stein, fragt nach, wie sich das mit den kranken Eschen entwickelt hat.

Ernst Böhni, Werkreferent, bestätigt, dass es ein Eschen-Sterben gibt, welches noch nicht gravierend ist. Man weiss allerdings nicht, woher dies kommt.

Seite 14, Tabelle Verpflichtungskreditkontrolle

André Ullmann, Pro Stein, möchte zu zwei Krediten Auskunft:

1. Schulhauserweiterung Schanz Restkredit Fr. 475'000.

Wird dieser noch benötigt und wenn ja, für was?

Heidi Schilling, Finanzreferentin, erklärt, diese Rückstellung könnte man im Moment auflösen. Allerdings geht man mit den Neuzuzüglern einer Zeit entgegen, wo man betreffend Schulraum wieder einmal an die Grenzen stossen wird. Diese Rückstellung hat mit der letzten Sanierung zu tun, dieser Teil ist abgeschlossen, aber eine neue sinnvolle Erweiterung wird noch auf die Stadt zukommen.

2. Pumpversuch Grundwasservorkommen Breite

Ernst Böhni, Werkreferent, erläutert, dass viele Geschäfte am Laufen sind und man dieses Geschäft in der Werkkommission zurückgestellt hat, da man mit der Arbeit fast nicht nachkomme. Dieses Projekt würde wahrscheinlich keine Subventionen geben und sie versuchen zurzeit dort zu arbeiten, wo Subventionen gezahlt werden. Drei Projekte werden noch in der heutigen Sitzung diskutiert und in der nächsten Einwohnerrat-Sitzung steht der Zusammenschluss mit Hemishofen zur Diskussion. Zurzeit ist keine Kapazität vorhanden, um diese Projekt voranzutreiben, obwohl es schön wäre, dies zu können. Er hofft auf Verständnis.

Seite 16, Auswärts geschulte Schüler/innen

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, bedankt sich für die Zahlen. Nicht nur die Zuzügler steigen, sondern auch die auswärts geschulten Schüler.

Seite 63, 210 Primarschule, 302.00 Besoldungsanteile und Gemeindezulagen Lehrkräfte

André Ullmann, Pro Stein, möchte wissen ob die Anpassung des Verteilschlüssels für die Lehrerbesoldungen nur in diesem Jahr nicht umgesetzt wurde oder ob dieser konkret nicht umgesetzt werde.

Franz Marty erläutert, dass diese Entscheidung beim Kantonsrat liege und von dessen Entscheid abhängen.

Seite 65, 212 Orientierungsschule, 452.00 Gemeindebeiträge für auswärtige Schüler

André Ullmann möchte zum Text „anhand des Nettoaufwandes pro Schüler unter Ausschluss der Kosten für Schulbauten, Verzinsung und Abschreibungen berechnet“ wissen, ob das richtig sei. De facto heisse das, dass andere Gemeinden für ihre Schüler

gratis und franko die Infrastruktur zur Verfügung gestellt erhalten. Dies stelle er ernsthaft in Frage. Seine Frage an den Stadtrat lautet, ob das auf einer gesetzlichen Vorschrift beruhe oder ob die Möglichkeit besteht, dies anzupassen.

Franz Marty erklärt, das sei gesetzlich verankert, obwohl niemand mit dieser Lösung eigentlich zufrieden sei. Er sei der Meinung es sei beim Kantonsrat in Vorbereitung, dass dies kostendeckend angepasst werde.

Martin Furger, Zentralverwalter, erörtert, dass es sich bei dem Text um Art. 91 vom Schulgesetz handelt. Es liegt nicht in der Handhabung der Stadt, sondern die gesetzlichen Vorschriften werden vollzogen.

Seite 91, 720 318.00 Kehricht- und Sperrgutbeseitigung.

André Ullmann möchte wissen, wieso anstelle eines Defizits von Fr. 41'000 mit einem Überschuss von Fr. 10'722.50 abgeschlossen wurde. Da der Kommentar da nicht vollständig zu sein scheint, bittet er um eine Erklärung des Stadtrats.

Franz Hostettmann, Stadtpräsident, erklärt, dass weniger Kosten entstanden seien, da weniger Abfall produziert wurde und weniger Transportkosten angefallen sind. Er ist sehr erfreut, dass man beim Schwarzkehricht endlich einmal schwarze Zahlen hat.

Seite 93, 790 Planung, 318.05 Gemeindeentwicklung

André Ullmann erwähnt, dass im Kommentar festgehalten wurde, dass die regionale Buserschliessung schon einmal diskutiert wurde. Es stehe aber auch, „die weiteren Schritte müssen zusammen mit den beteiligten Gemeinden sorgfältig geprüft werden“. Da es sich dabei um jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 500'000 handelt, möchte er den Stadtrat bitten, falls dies in die Planung aufgenommen wird, ebenfalls im Finanzplan zu priorisieren.

Franz Hostettmann erklärt, dass sie sich sehr eingehend mit dieser Situation auseinandergesetzt haben. Die umliegenden Gemeinden haben alle auf das Busprojekt verzichtet. Der Stadtrat hat den Stadtpräsidenten beauftragt, abzuklären, ob es gegebenenfalls möglich wäre, ein saisonales Buskonzept einzurichten und zu welchen Kosten. Zwei Unternehmungen wurden angefragt, eine Antwort ist bereits da, auf die zweite wird noch gewartet und der Stadtrat wird zu gegebener Zeit informieren. Wenn das Konzept in Frage kommt, wenn es finanziell vertretbar ist, kommt das sicher ins Parlament und dann in den Finanzplan.

Beschluss

- 1. Die Jahresrechnung 2010 wird einstimmig genehmigt.**
- 2. Die Einlage von Fr. 600'000 aus dem Ertrag der laufenden Rechnung in den Sporthallenfonds (Konto 2191.15) wird einstimmig genehmigt.**

Mitteilung an

Kanton Schaffhausen, Amt für Justiz und Gemeinden, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Finanzreferentin
Zentralverwaltung
Ablage

SOZIALES, Heime, Betrieb Alters- und Pflegeheim

08.25.000

**3. Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker
Anpassung Heimreglement, Nachvollzug der gesetzlichen Vorgaben, Orientierung über Leistungsauftrag und Vertrag der Gemeinden Ramsen, Thayngen und Stein am Rhein betreffend Aufnahmebedingungen**

René Meile, Sozialreferent, teilt mit, dass der Stadtrat eine Anpassung des Heimreglements unterbreite. Die Anpassungen seien schon lange fällig gewesen, aber im Zusammenhang mit der Spitex habe der Kanton der Stadt eine Verlängerung der Frist zugestanden.

Die wichtigste Neuerung ist, dass die Leistungen nicht mehr umschrieben werden, sondern neu in einem Leistungsauftrag aufgeführt sind, wie das der Kanton vorschreibt. Den Leistungsauftrag wird der Stadtrat dem Heim geben.

Neben der Anpassung des Reglements selber und dem Leistungsauftrag hält der Kanton im Weiteren fest, dass Stein am Rhein mit 47 Betten eine ungenügende Bettenzahl hat (der Kanton schreibt 51 Betten, mit Hemishofen 56 Betten vor). Weil der Kanton diese Bettenzahl vorschreibt, muss zusätzlich ein Vertrag mit Ramsen und Thayngen gemacht werden, damit eine Art Pool entsteht und man gegenseitig aushelfen kann, wenn man tatsächlich zu wenig Betten hat. René Meile möchte darauf verzichten, alles vorzulesen, da die Einwohnerräte ausführlich dokumentiert worden sind. Der Einwohnerrat muss der Änderung des Reglements zustimmen, die Anhänge sind anschliessend Sache des Stadtrates. Zur Kenntnisnahme wurden diese aber ebenfalls zugestellt.

Eintretensdebatte

Urs Weibel, SP, hält fest, dass es sich bei den Anpassungen lediglich um die Erfüllung der Vorgabe des Kantons geht und es daher nicht viel darüber zu diskutieren gibt. Es gäbe drei Sichtweisen. Zuerst einmal diejenige des Heimbewohners, der keine Änderung bemerken wird, evtl. wird es jetzt sogar besser, da hoffentlich beständige Rahmenbedingungen geschaffen worden sind; d.h., dass die Zeit und Energie, die in all die ständigen Veränderungen gesteckt werden mussten, jetzt wieder auf die eigentliche Arbeit konzentriert werden kann. Damit möchte er nicht sagen, dass die Altersheimleitung ihre Betreuungsaufgaben vernachlässigt hat, sondern im Gegenteil, zusammen mit seinem Team hat Peter Keller einen enormen Zusatzaufwand geleistet, der unsere Anerkennung und unseren Dank verdient.

Aus Sicht der Verwaltung steht, was bisher im Reglement war, neu in einer Leistungsvereinbarung. Man kann sich fragen, wie sinnvoll es ist, dass die Stadt mit dem städtischen Alters- und Pflegeheim eine Leistungsvereinbarung abschliesst. Aber so sind die gesetzlichen Vorgaben, die man zähneknirschend akzeptieren muss. Die Flexibilität wird grösser, hoffentlich der administrative Aufwand nicht. Er hofft, dass damit gute Rahmenbedingungen geschaffen worden sind und die Änderungswelle und Reglementierungswut nicht dazu führt, dass ein Alters- und Pflegeheimleiter nur noch administriert und keine Zeit mehr für die Anliegen der Bewohner hat.

Aus Sicht des Einwohnerrats geben wir „Macht“ ab und beauftragen den Stadtrat neu die Leistungsvereinbarung zu regeln. Mit diesem „Machtverlust“ können wir aber gut leben.

Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Uschi Knecht, FDP, informiert, dass die bürgerliche Fraktion die Vorlage beraten hat. Bei diesem Geschäft gehe es darum, die kommunalen Rechtsgrundlagen aufgrund der

geänderten Bundes- und Kantonsgesetzgebung im Bereich der Altersbetreuung und Pflege anzupassen. Mit dieser Anpassung sollte es wieder ruhiger werden und mehr Zeit für die Heimbewohner selbst vorhanden sein.

Vieles ist in der Vorlage klar formuliert. Es ist nach ihrer Meinung richtig und wichtig, dass der Leistungskatalog vom Reglement losgelöst wird und Änderungen, sofern die Umstände es erfordern, ohne Reglementsänderung situationsgerecht angepasst werden können. Des Weiteren wird mit dem Vertrag auch sichergestellt, dass sich die Vertragsgemeinden bei Platzknappheit gegenseitig unterstützen und man so flexibel ist.

Die bürgerliche Fraktion wird das teilrevidierte Reglement genehmigen und nimmt Kenntnis vom Leistungsauftrag zwischen den Vertragsgemeinden und vom Vertrag betreffend Aufnahmebedingungen bei fehlenden Betten.

André Ullmann, Pro Stein, möchte sich relativ kurz halten. Wie bereits erwähnt ist der Auslöser das neue Altersbetreuungs- und Pflegegesetz aus dem Jahr 2007, das betreffend quantitativer und qualitativer Hinsicht höhere Hürden setzt. Vor allem die Anzahl Betten führt jetzt zu dieser Änderung. Die Auslösung des Leistungskatalogs ist deshalb gut, da noch andere Parteien involviert sind und es ist einfacher diesen untereinander abzustimmen und zu vereinbaren, wenn dieser separiert ist vom restlichen administrativen Aufwand. Dem Einwohnerrat wird damit etwas Macht genommen. In diesem Zusammenhang wäre die Frage an den Stadtrat, wie er in Zukunft gedenkt, mit dieser Leistungsvereinbarung umzugehen. Wenn es in Zukunft Änderungen im Leistungsauftrag gibt, wie gedenkt er den Einwohnerrat darüber zu informieren? Damit sich der Einwohnerrat auch ein Bild machen kann wie z.B. im Zusammenhang mit dem Budget oder den Kosten Änderungen auf uns zukommen.

Die zweite Änderung ist mehr qualitativer Art, neu bietet das Heim ja auch teilstationäre und temporäre Betreuung an. Die Leistungen wurden genauer angeschaut, vor allem ob der Stadtrat Sonderwünsche betreffend Stein am Rhein eingebaut hat. Das ist nicht der Fall, man hat effektiv die gesetzlichen Anforderungen übernommen. Der eine Bereich, Ausbildung im Heim, ist nicht vom Gesetz vorgeschrieben, wird aber durch die Pro Stein unterstützt, damit im Heim auch Nachwuchskräfte ausgebildet und gefördert werden, sodass man die Leistungen auch erbringen kann. Deshalb wird die Pro Stein auch allen Anträgen zustimmen.

René Meile, Sozialreferent, möchte sich noch zum „Macht abgeben“ äussern. Auch der Stadtrat hat nicht sehr viel Macht, da alles, was im Leistungsauftrag aufgeführt wird, mehr oder weniger vom Gesetz vorgeschrieben ist. Änderungen, egal ob vorgeschrieben vom Kanton oder nicht, werden selbstverständlich in der Heimkommission beraten und sollte die Heimkommission befinden, dass das Thema noch in einem grösseren Kreis diskutiert werden sollte, wird von jeder Fraktion ein Vertreter beigezogen werden.

Alle Unterlagen müssen noch vom Kanton genehmigt werden.

René Meile weist darauf hin, dass in Art.5, Absatz 2 des Reglements bei „Aufnahme finden in erster Priorität in der Stadt Stein am Rhein und in der Gemeinde Hemishofen niedergelassene Einwohnerinnen und Einwohner“ noch eine Änderung gemacht werden muss. Neu wird noch ein Vertrag mit Ramsen und Thayngen gemacht werden und deshalb muss „Gemeinde Hemishofen“ ersetzt werden mit „in der Stadt Stein am Rhein und in den Vertragsgemeinden ...“.

Antrag

Im Reglement über das Alters- und Pflegeheim wird Art. 5, Absatz 2 wie folgt angepasst:

„Aufnahme finden in erster Priorität in der Stadt Stein am Rhein und in den Vertragsgemeinden niedergelassene Einwohnerinnen und Einwohner“.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Detailberatung

Stephan Brügel, Stadtschreiber, möchte zum Leistungsauftrag noch bemerken, dass dieser noch nicht abschliessend ist, da es sicher noch einen Artikel „Demenz“ geben wird.

Beschluss

Der Einwohnerrat genehmigt einstimmig das teilrevidierte Reglement über das Alters- und Pflegeheim Clara Dietiker und nimmt Kenntnis vom Leistungsauftrag an das Alters- und Pflegeheim sowie vom Vertrag über die Aufnahmebedingungen zwischen den Gemeinden Ramsen, Thayngen und der Stadt Stein am Rhein.

Mitteilung an

Kanton Schaffhausen, Gesundheitsamt, Mühlentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Sozialreferent
Stadtschreiber
Leiter Alter & Gesundheit
Ablage

SOZIALES, Gesundheit, Spitex

08.20.035

**4. Bildung der Spitex-Organisation Bezirk Stein
Genehmigung des Spitex-Reglements, Stellenplan, Anpassungen
und Orientierung über die Leistungsvereinbarungen der Gemein-
den Ramsen, Thayngen und Stein am Rhein betreffend Aufnah-
mebedingungen**

René Meile, Sozialreferent, informiert, dass dem Einwohnerrat nicht sämtliche Papiere zugestellt worden sind, sondern nur diejenigen, die für die Beurteilung am wichtigsten sind. Die ganzen Papiere betreffend die Verhandlungen mit Thayngen sind nicht dabei. Die Unterlagen fangen dort an, wo man für den oberen Kantonsteil eine eigene Regelung machen konnte.

Was vorliegt ist bereits ein Vertrag mit den Gemeinden im oberen Kantonsteil Buch, Hemishofen und Ramsen. Darin ist ziemlich detailliert auch die ganzen Leistungen beschrieben, die Organisation usw. Die neue Organisation ist auf der Seite 5 der Vorlage ersichtlich. Man sieht, dass der Stadtrat Stein am Rhein das zuständige Organ für den ganzen Bezirk ist. Mit dem Anschluss-Vertrag haben sich dann Ramsen, Hemishofen und Buch dem Spitex Bezirk Stein angeschlossen. Damit diese Gemeinden eine Mitsprache wahrnehmen können, gibt es eine Aufsichtskommission. Der Heimleiter Stein am Rhein übernimmt die Bereichsleitung Alter & Gesundheit, d.h. er ist nicht mehr nur für das Altersheim zuständig sondern auch für die Bezirk-Spitex Stein. Daneben gibt es noch die Spitex-Betriebskommission und ihr unterstellt ist die Spitex-Verantwortliche. Für diese beiden Stellen gibt es einen Antrag für das Besoldungs-Reglement. Dann ist es ähnlich organisiert wie im Heim; man hat eine Pflegeabteilung (bisher Spitex), eine Hauspflege (bisher Hauspflegeverein) und externe Leistungserbringer. Neu muss die Bezirk-Spitex Leistungsverträge mit dem Altersheim Ramsen, dem Altersheim Stein am Rhein und für den Mahlzeitendienst mit der Pro Senectute abschliessen.

Die Leistungen sind wie beim Altersheim auch durch den Kanton mehr oder weniger gegeben. Das einzige, was angeboten wird und durch den Kanton nicht vorgeschrieben ist, ist die sogenannte Nacht-Spitex von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr. Denn mit der Nachtwache sind wir in der Lage, dieses Segment auch abzudecken, was eine zusätzliche Dienstleistung bedeutet. Die anderen Dienstleistungen werden bereits heute erbracht. René Meile möchte darauf verzichten, zu sehr in die Details zu gehen.

Auf Seite 1 des Antrages sieht man den Ist-Zustand und auf Seite 11, wie man sich die Situation betreffend Stellenprozenten vorstellt. Leitung und Administration 20%, was wiederum auf die Gemeinden verteilt wird, der Pflegebereich und die Hauspflege wird ebenfalls erhöht was neu insgesamt 520 Stellenprozente ergibt, 350 Stellenprozente mehr als heute. Heute wird viel durch den Hauspflegeverein in Stein am Rhein und die Pro Senectute in Ramsen abgedeckt.

Leider kann noch kein Budget vorgelegt werden, da alles noch etwas im Fluss ist. Auf das neue Jahr muss noch ein neuer Tarif erarbeitet werden, d.h. die vielen verschiedenen Tarife im oberen Kantonsteil müssen unter einen Hut gebracht werden. Zurzeit wird mit den bestehenden Tarifen weitergefahren, aber man ist gut unterwegs.

Man hat mit sämtlichem Personal, das bis jetzt entweder bei der Pro Senectute in Ramsen oder dem Hauspflegeverein angestellt gewesen ist, neue Verträge ab 1. Juli 2011 gemacht, diese haben alle ein Pflichtenheft. Insgesamt sind es 20 Personen, deren Verträge erstellt sind, sodass man loslegen kann. Die Informatik ist eingerichtet, man hat mit Ausnahme der Hauspflege-Kunden von Ramsen-Buch, alle Kunden bereits im EDV-

System erfasst, sodass am 1. Juli reibungslos begonnen werden könnte. Was noch fehlt, ist wie erwähnt das neue Tarif-Reglement.

Es wird dann auch noch Öffentlichkeits-Arbeit gemacht und geplant ist eine Spitex-Broschüre. Auf der Internet-Seite www.spitex.sh sind alle Information aufgeschaltet.

René Meile bittet den vier Anträgen zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Urs Weibel, SP, erinnert daran, dass man bereits beim letzten Traktandum über die Wichtigkeit der Spitex-Organisation gehört hat. Es sei wichtig, dass diese gut funktioniert. Auch hier handelt es sich weitgehend um den Vollzug von gesetzlichen Bestimmungen, d.h. sehr vieles ist reglementiert und wird so übernommen. Aus Sicht der SP ist es richtig und auch von Vorteil, dass man Spitex und Altersheim verbinden kann, dass auch der Schritt von der Spitex-Betreuung dann allenfalls ins Altersheim kleiner wird. Die Organisationsstruktur ist sicher nicht die schlankeste Struktur. Mit der Spitex-Betriebskommission und der Aufsichtskommission ist eine politisch realisierbare Organisations-Struktur gebildet worden, welche sich in Zukunft sicher bewähren muss. Es zeigt aber einmal mehr, wie unsinnig teilweise Kantons Grenzen sein können. Hätte man über den Rhein Gespräche führen und planen können, hätte man sicher auch eine gute Organisations-Struktur erreichen können. Im Reglement sind hauptsächlich die vorgeschriebenen Vorgaben beinhaltet, die Zusatzleistungen unter Kapitel 4.3. sind sehr sinnvoll. Der Stellenplan ist nachvollziehbar und macht Sinn, es wird sicher Mehrkosten verursachen. Da muss man sich auf die Verantwortlichen verlassen, dass sie für die Betreuten, die Mitarbeiter und schlussendlich auch für die Steuerzahler die beste Lösung nehmen.

Die SP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und dieser auch zustimmen.

Uschi Knecht, FDP, hält fest, dass es viele Papiere sind und ein komplexes Geschäft. Sie kann nachvollziehen, was alles gemacht werden musste, dass das Geschäft heute so angeschaut werden kann. Die Vorlage ist komplex, aber gut dargestellt. Man sieht, was alles zu machen ist, was dazu kommt, was in die neue Organisation hinübergeführt wird. Es geht klar darum, die Spitex-Dienste mit dem Altersheim unter einem Dach zu haben, die Synergien zu nutzen. Den Leuten, die bereits durch die Spitex betreut werden und schon nahe am Altersheim sind, fällt der Übertritt vielleicht etwas leichter, wenn sie bereits Kontakt haben. Mit den neuen Fallpauschalen werden die Spitäler vielleicht schneller entscheiden, die Leute mit Spitex-Betreuung nach Hause zu schicken und dann ist es wichtig, dass man all die Dienstleistungen anbieten kann. Der Weg von Stein, Hemishofen und Ramsen ist ein guter Weg. Es ist kein kleines Gebilde, sondern es ist eine riesige Struktur, welche hier aufgelegt wird. Es ist richtig, dass das Personal vom Hauspflegeverein neu in den Spitex-Bezirk Stein übernommen wird. Mit allen externen Leistungserbringern werden wieder Leistungsverträge erstellt und die Frage ist, wie geht man damit um. Die neuen 350 Stellenprozente können nachvollzogen werden, es ist die Überführung in eine neue Struktur. Es ist klar, im Moment fehlen die genauen Zahlen, aber man wird diese sicher in der Rechnung 2011 oder im Budget sehen, wenn all die Tarife noch angepasst sind. Dann wird auch feststehen, welches die finanziellen Auswirkungen sind. Sie sind froh, dass das ständige hin und her ein Ende hat, dass man die Spitex-Organisation mit allen Beteiligten schaffen konnte, denn die heimgestützte Spitex wird die Zukunft sein.

Die FDP wird eintreten und evtl. noch Fragen in der Detailberatung stellen.

André Ullmann erklärt, auch Pro Stein sei für Eintreten und werde allen Anträgen zustimmen. Organisatorisch wären zwei Organisationformen ideal gewesen. Eine vereins-

basierte Spitex mit Leistungsvertrag wie im Klettgau oder eine heimbasierte Spitex, welche vollständig ins Alters- und Pflegeheim integriert wäre. Letzteres Modell wurde bestmöglichst umgesetzt. Die separate Organisation mit einer Aufsichtskommission und einer Betriebskommission bedeutet zusätzlichen Aufwand, aber so konnten Hemishofen und Ramsen integriert werden. Die Aufsichtskommission ist nur beratend tätig, der Entscheid ist letztlich beim Stadtrat. Die Betriebskommission ist vor allem ein Koordinationsgremium, hat also operativ keine Tagesfunktion.

In der Verordnung ist dann aufgefallen, dass steht „die Versorgungsregionen können ausserkantonale Gemeinden in ihre Versorgungsnetze einbeziehen oder ausserkantonale Organisationen als Leistungsanbieter miteinbeziehen“. Im Bereich der Spitex erscheint das als sehr sinnvoll. Gerade im Bereich der Spitex kann man sich zu einem späteren Zeitpunkt vielleicht überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, das Netz noch auf Gemeinden ausserhalb des Kantons auszudehnen.

Es wurde erwähnt, dass in dieser Vorlage über den gesetzlichen Leistungsauftrag hinausgegangen wird. Dies ist klar ersichtlich und separiert unter „weitere Leistungen“. Es ist auch erwähnt, in welchem Bereich diese sind, das ist z.B. die Nacht-Spitex, aber dann auch die Leistungen im Todesfall, die bereits jetzt schon erbracht werden. Die Pro Stein unterstützt die Leistungen, die über das gesetzliche hinausgehen.

Im Bereich Stelleplan möchten wir darauf hinweisen, dass man de facto die Stellen übernommen hat, die es bereits gehabt hat, sei es aus dem Verein oder in der Krankenpflege, zudem muss man sich bewusst sein, viele dieser Leistungen werden im Stundenlohn bezahlt, d.h. nach Aufwand, und es ist deshalb nicht gleich zu beurteilen, wie wenn man eine Vollstelle schaffen würde. Wir erachten diese Umsetzung, gerade im Bereich der Spitex, als sehr sinnvoll.

Betreffend Einstufung möchte er erwähnen, dass beide Anträge in der Stellenplankommission ausgiebig diskutiert, hinterfragt und verschiedenste Vergleiche angestellt wurden. Die Stellenplankommission unterstützt beide Anträge. Das Reglement ist schlank, sehr verständlich formuliert deshalb hierzu keine Ergänzungen.

Detailberatung

Seite 1

Werner Käser, FDP, macht darauf aufmerksam, dass es neu „der Gemeinden Ramsen, Hemishofen, Buch und Stein am Rhein“ heissen muss.

Seite 11

George Berner, parteilos, möchte gerne eine Erklärung betreffend den grossen Unterschied in den Stellenprozenten zwischen der Hauspflege in Stein am Rhein-Hemishofen und Ramsen-Buch.

René Meile kann nur vermuten, dass in ländlichen Gebieten die Nachbarschaftshilfe deutlich besser funktioniert als bei uns.

Beschluss

1. **Das Spitex-Reglement wird in vorliegender Fassung einstimmig genehmigt.**
2. **Der Stellenplan Spitex-Dienste wird um 350 Stellenprozente erhöht und beträgt mit der Übernahme des Spitex-Personals neu insgesamt 520 Stellenprozent. Das Spitex-Personal wird per 1. Juli 2011 ins Lohnsystem der Einwohnergemeinde Stein am Rhein überführt. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.**

- 3 a) Der Bereichsleiter Alter und Gesundheit wird durch die Erweiterung des Aufgaben- und Verantwortungsbereichs dem techn. Ressortleiter I gleichgestellt, bisher techn. Ressortleiter II. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.**
- 3 b) Die Spitex-Verantwortliche wird durch die Erweiterung des Aufgaben- und Verantwortungsbereichs als Pflegedienstleiterin, bisher Gemeindekrankenschwester eingestuft. Der Antrag wird einstimmig genehmigt.**

Mitteilung an

Kanton Schaffhausen, Gesundheitsamt, Mühllentalstrasse 105, 8200 Schaffhausen
Gemeinderat Buch, Gemeindekanzlei, Hauptstrasse 42, 8263 Buch SH
Gemeinderat Hemishofen, Gemeinderatskanzlei, Unterdorf, 8261 Hemishofen
Gemeinderat Ramsen, Hauptstrasse 259, 8262 Ramsen
Sozialreferent
Stadtschreiber
Leiter Alter & Gesundheit
Ablage

*** * ***

BAU, Wasserversorgung, Grundwasser Etwilen 00.50.000

- 5. Erneuerung und Sanierung Grundwasserpumpwerk Etwilen
Erneuerung Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etwilen nach
Stein am Rhein
Erneuerung der Steuerung der Wasserversorgung
Genehmigung des notwendigen Baukredites von Fr. 2'480'000**

Ernst Böhni, Werkreferent, erläutert den Antrag des Stadtrates über drei Vorlagen zum Thema Werk und Wasser. Die wichtigste ist die erste, die Ersetzung des Pumpwerkes in Etwilen, zu der auch noch eine Volksabstimmung stattfinden wird, beim 2. und 3. Antrag genügt die Zustimmung des Einwohnerrates.

Zum 1. Antrag, dem Jahrhundertbauwerk, dass der Stadtrat zusammen mit der Werkkommission und den Ingenieuren auf die Beine gestellt hat. Die Vorlage wurde verdankenswerter Weise wiederum durch den Stadtschreiber und den Stadtkassier zusammengestellt. Das alte Pumpwerk muss ersetzt werden. Schon vor Jahren wurden mit einer Kamera die Einläufe kontrolliert und man musste feststellen, dass diese schon seinerzeit recht verkalkt waren und es besteht die Gefahr einer Durchrostung. Die Vorlage wurde abgegeben und konnte studiert werden. Es handelt sich um relativ viel Geld, aber es handelt sich um eine Anlage, die auch wieder auf lange Sicht funktionieren wird. Es gibt neue Leitungen und es wird auch eine neue Steuerung montiert. Die geeigneten Standorte für die neuen Brunnen wurden anhand von Messungen und Bohrungen festgelegt.

Der Stadtrat empfiehlt, die Vorlagen anzunehmen. An der nächsten Sitzung wird wiederum ein Antrag zum Thema Wasser vorgelegt werden, der Zusammenschluss mit der Gemeinde Hemishofen. Dieser Zusammenschluss sollte noch vor der Sanierung passieren, damit, wenn etwas in Etwilen passieren sollte, die Versorgung gewährleistet ist.

Eintretensdebatte

Jörg Derrer, SP, erklärt im Namen der Fraktion, dass sie auf das Geschäft Eintreten werden. Es geht um das Lebensmittel Wasser. Nach den Quelfassungen, nun das Pumpwerk Etzwilen. Die Erneuerung im Gesamtpaket macht Sinn und entspricht GWP und Finanzplan. Das rund 80jährige Pumpwerk und die Transportleitungen haben das Lebensalter überschritten. Eine Erneuerung ist angezeigt. Die Erneuerung der Steuerung wäre noch nicht unbedingt nötig, aber es macht Sinn, diese gleichzeitig zu erstellen.

Es handelt sich um eine seriöse Vorlage und ein willkommener Nebeneffekt ist der Kantonsbeitrag von 25%. Die Fraktion ist für bessere Versorgungssicherheit und Einsparungen beim Unterhalt. Trotz der beachtlichen Gesamtkosten von 2,48 Mio., die im Finanzplan enthalten sind, muss der Wassertarif zu gegebener Zeit nur moderat erhöht werden und mit einer allfälligen Senkung des Abwassertarifs können die Gebühren für die Haushalte etwa gleich bleiben.

Die Fraktion ist für Werterhaltung der Trinkwasserinfrastruktur und wird dem Antrag zustimmen.

Werner Käser, FDP, erörtert, dass die bürgerliche Fraktion dieses grosse Bauprojekt bereits in der Kommissionsarbeit intensiv begleitet hat und voll hinter diesem Vorhaben steht. Infrastrukturprojekte sind oft wenig spektakulär. Die Wasserversorgung ist aber zu wichtig für unser Städtchen, um sie gering zu schätzen. 60% unseres Trinkwassers kommen über das Grundwasserpumpwerk Etzwilen. Dieses ist nach über 80 Jahren sanierungsbedürftig, ebenso wie die fast so alten Transportleitungen. Das vorliegende Projekt trägt diesem Umstand Rechnung und sieht eine Erneuerung mit heutiger Technologie vor, ehe es zu einem Ausfall kommt. Dass im Zuge dieser Erneuerungsarbeiten auch die Steuerungen der gesamten Wasserversorgung modernisiert werden, ist technisch nicht zwingend, aber absolut sinnvoll und eine gute Investition in unsere Zukunft. Zur sicheren Wasserversorgung gehören auch die Vereinbarungen mit den Nachbargemeinden über eine Notwasserversorgung. Diese sind zum Teil bereits unter Dach und Fach, zum Teil unterschriftsreif. Sie vertrauen auf die Zusage des Stadtrats, die Vereinbarung mit Hemishofen noch vor Baubeginn abzuschliessen.

Die bürgerliche Fraktion ist einstimmig für Eintreten auf die Vorlage und wird ihr zustimmen.

George Berner, parteilos, erklärt im Namen der Pro Stein, dass sie für die umfassende Vorlage danken. Er hat die Gelegenheit wahrgenommen, um weiterführende Unterlagen beim Stadtschreiber einzusehen. Dabei konnte er feststellen, dass es zu diesem Projekt ein erstes umfassendes Projektdossier gibt mit allen relevanten Unterlagen und er hofft, dass das in Zukunft für solche Projekte weiter gemacht wird. Entsprechende Fragen, Unklarheiten und Abklärungen konnten bereits mit dem Zentralverwalter besprochen werden und er möchte sich dafür bei ihm bedanken.

Die Pro Stein erachtet eine sauber funktionierende Wasserversorgung als einen der Grundpfeiler für die Stadt und stimmt dem Antrag des Stadtrates ebenfalls zu.

Detailberatung

Seite 3, 3.1.3 Schutzzonen

George Berner möchte wissen, was sich betreffend Schutzzonen in den letzten drei Jahren geändert hat.

Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, dass die Bohrstandorte nicht mehr am gleichen Ort sind wie im 2008. Damit verschieben sich die Schutzzonen 1, wo unmittelbar gebohrt

wird, und die Schutzzone 2. Das wird noch Diskussionen geben, wurde aber bereits in der Werkkommission besprochen. Es wird beachtet, dass vor allem die Schutzzone 1 auf stadteigenem Land ist. Schutzzone 2 kann noch bäuerlich genutzt werden, unter Einschränkungen, die verkraftet werden können. Die Vereinbarung muss mit den betroffenen Landbesitzern noch angepasst werden. Das Grundstück wurde vor Jahren gekauft, um solche Probleme zu vermeiden. Wenn endgültig bekannt ist, wo gebohrt wird, müssen dann die Schutzzonen entsprechend angepasst werden. Aus Schutzzone 3 gibt es jetzt teilweise Schutzzone 2, was für die Landbesitzer sicher nicht lustig ist, aber die Wichtigkeit für die Stadt ist derart gross, dass die Entschädigungszahlungen dies wert sind.

Beschluss

- 1. Der Einwohnerrat stimmt einstimmig der Ausführung des Projekts „Erneuerung und Sanierung Grundwasserpumpwerk Etwilen – Erneuerung Wassertransportleitung ab Pumpwerk Etwilen nach Stein am Rhein – Erneuerung der Steuerung der Wasserversorgung“ zu und genehmigt den Baukredit über Fr. 2'480'000.-**
- 2. Die Abschreibungsdauer wird auf 25 Jahre festgelegt. Der Abschreibungssatz beträgt linear 4%. Der Einwohnerrat stimmt dem Antrag einstimmig zu.**

Franz Marty hält fest, dass der 1. Antrag dem obligatorischen Referendum unterliegt und die Volksabstimmung am 25. September 2011 stattfinden wird.

Mitteilung an

Werkreferent
Stadtschreiber
Zentralverwaltung
Ablage

BAU, Tiefbau, Gemeindestrassen

00.35.010

BAU, Wasserversorgung, Wasserversorgung

00.50.020

6. Verkehrsberuhigung und Sanierung der Strasse und Werkleitungen Langstück: Genehmigung des notwendigen Baukredites von Fr. 176'000

Ernst Böhni, Werkreferent, erklärt, dass schon länger bekannt war, dass der Langstück saniert werden muss. Als man dann beschlossen hatte, die Strasse neu zu teeren hat man, wie jetzt üblich, auch unter die Strasse geschaut und festgestellt, dass noch eine alte Wasserleitung vorhanden ist. Beim Kanal wurde mittels Kamera festgestellt, dass keine Sanierung nötig ist, gleichzeitig möchte man aber neu den Meteo-Kanal einbauen. Zur Verkehrsberuhigung wird ein erhöhtes Trottoir für die Schüler eingebaut. In der Werkkommission wurde auch diskutiert, wieso nicht gleich weiter unterhalb des Schulhauses die Leitung in Zusammenhang mit der HOGA-Halle fortzuführen. Dies wird erst kurz vor Vollendung der Halle gemacht, damit im Zusammenhang mit den Bauarbeiten keine Schäden entstehen können. Das wird dann in einem neuen Projekt gemacht werden.

Er bittet dem Antrag zuzustimmen.

Eintretensdebatte

Jörg Derrer, SP, begrüsst im Namen der Fraktion, dass nicht nur wie ursprünglich geplant der Strassenbelag, sondern auch alle Werkleitungen saniert werden. Besonders wird geschätzt, dass für die Schüler die Sicherheit verbessert wird.

Die SP Fraktion ist für Eintreten.

Uschi Knecht, FDP, erläutert, dass die bürgerliche Fraktion das Geschäft beraten hat. Aufgrund weiterer Abklärungen hat sich gezeigt, dass nicht nur der Strassenbelag ersetzt werden muss, sondern auch die bestehenden Werkleitungen sowie eine Meteoleitung für das Ableiten des Fremdwassers. Besonders wichtig ist auch die Verkehrssicherheit für die Schülerinnen und Schüler, die verbessert wird. Über die Kreuzung Langstück zu gehen sei nicht immer ungefährlich, weil man aufgrund der Kurve eine eingeschränkte Sicht habe. Mit dem neuen Übergang muss das Tempo reduziert werden und dies führt zu einer erhöhten Sicherheit.

Wichtig ist, dass während der Bauarbeiten für die neue Sporthalle nicht der Bauverkehr über das neue Strassenstück fährt, da die Strasse durch diese Belastung schon wieder erheblich beschädigt würde. Wenn das berücksichtigt werde, könne die Fraktion diese Vorlage unterstützen.

Georg Berner, erklärt im Namen der Fraktion Pro Stein, dass eigentlich schon alles gesagt worden sei. Die Fraktion habe sich gefragt, ob man es zusammen mit der HOGA-Halle machen sollte oder vorgängig. Aufgrund der erhaltenen Informationen mache es Sinn, dies bereits vorgängig zu machen.

Die Fraktion wird dem Antrag zustimmen.

Ernst Böhni erklärt, dass es geplant sei, dass die Baustellenzufahrt nicht über dieses Strassenstück zu führen. Aber in der Blaurockstrasse gebe es auch wieder Baustellen und die Strasse und der Übergang würden so gebaut, dass auch Lastwagen darüber fahren können.

Detailberatung

Seite 5

Jörg Derrer, SP, möchte darauf hinweisen, dass der Rand der Rampe nicht gepflästert werden sollte, da dies wieder zu Problemen mit dem Pfadschlitten führen würde.

Ernst Böhni nimmt dies zur Kenntnis und wird das berücksichtigen.

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte daran erinnern, dass noch immer eine Motion Tempo 30 hängig ist, damit hätte man in allen Quartieren ein reduziertes Tempo. Tempo 30 würde ebenfalls einiges an Strassensicherheit bringen.

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt einstimmig dem Baukredit im Betrag von Fr. 176'000 (Baukosten Fr. 215'000 abzüglich Rückstellungen Fr. 39'000) für die Verkehrsberuhigung und Sanierung der Strasse und Werkleitungen im Langstuck zu.

Mitteilung an

Werkreferent

Stadtschreiber

Zentralverwaltung

Ablage

BAU, Tiefbau, Fuss-, Rad- und Wanderwege

00.35.005

**7. Strassenentwässerung GB Nr. 2225, Hohrainstrasse – Neubau
Kreditantrag über Fr. 47'000.-**

Ernst Böhni, Werkreferent, informiert, dass an der Hohrainstrasse ein kleines Problem vorhanden sei. Auf dem kleinen Strässchen, das Richtung Hemishofen verläuft und keinen Wasserstein hat, läuft jeweils bei Gewittern das Regenwasser bei einem Anwohner auf den Platz, der ordnungsgemäss entwässert wird. Zusammen mit dem Regenwasser der kleinen Strasse hat dies jetzt aber schon zweimal zu Überschwemmungen geführt. Die Abwasserleitung, die in den Keller hinabführt, hat dann das viele Wasser in den Keller der Liegenschaft gedrückt. Indem an der Strasse ein Wasserstein eingebaut wird, möchte man das in Zukunft verhindern und das Wasser in einen Wasserschacht und von dort in die Leitungen des Mischwassers an der Hauptstrasse leiten. Anschliessend wird der Weg wieder instand gestellt, damit er weiter als Spazierweg benützt werden kann.

Eintretensdebatte

Jörg Derrer, SP, erklärt, die Fraktion werde auf die Vorlage eintreten, um die unbefriedigende resp. unhaltbare Situation für die Anwohner zu lösen.

Ein Plus ist die Sanierung des Fussweges, von der die ganze Bevölkerung profitieren kann. Sie werden dem Antrag zustimmen.

Werner Käser, FDP, erinnert daran, dass man bei dieser Vorlage über die Korrektur von früheren Fehlern befindet. Dass die Stadt während Jahren Wasser vom öffentlichen Grund in einen privaten Schacht leitete und damit lokal Wasserschäden provozierte, kann genau so wenig sein wie das Gegenteil geduldet würde – dass Private ihr Wasser auf öffentlichen Grund ableiten. Es ist nicht mehr als recht und billig, dass der Stadtrat diesem Unding ein Ende bereitet und wieder den geltenden Normen entsprechende Verhältnisse schafft.

In der Hoffnung, dass heute solche Bausünden nicht mehr vorkommen, ist die bürgerliche Fraktion für Eintreten auf die Vorlage.

Käthi Rietmann, Pro Stein, weist darauf hin, dass jeder, dem es schon mal den Keller mit Wasser gefüllt hat, dies als alles andere als toll empfindet. Die Fraktion findet es einfach schade, dass man jetzt mit Fr. 47'000 einen offensichtlichen Baumangel beheben muss.

Sie sind für Eintreten.

Detailberatung

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschluss

Der Einwohnerrat stimmt der Ausführung des Projekts „Strassenentwässerungsanlage Hohrainstrasse GB Nr. 2225“ zu.

Er genehmigt zu diesem Zweck einstimmig den Baukredit von Fr. 47'000.-.

Mitteilung an

Werkreferent

Stadtschreiber

Zentralverwaltung

Ablage

BAU, Städtische Gebäude, Zeughaus

00.25.180

8. Volksmotion Hagmann „Erarbeiten eines Baueingabeproyektes für die Umnutzung des Zeughauses in ein vollautomatisches Parkhaus“

Motionär Klaus Hagmann stellt das Projekt vor. Er geht auf die von ihm verteilten Unterlagen ein und erklärt, dass vor allem die von Ingenieur Bürgin erstellten Dokumente wichtig seien. Diesen habe er angefragt, da dieser für den Bau des City-Parkings in Schaffhausen zuständig gewesen war. Es sei ihm wichtig, dass mit dem Zeughaus, das einfach leer dasteht, etwas passiert.

Die Idee des Spielzeug-Museums sei aufgrund technischer Probleme nicht möglich gewesen. Beim Parkhaus muss an den Aussenmauern überhaupt nichts gemacht werden, die Parkiermaschine wird einfach hineingestellt und kann bei einem späteren anderen Nutzungszweck problemlos wieder entfernt werden. Es wäre Wert, aus dem Zeughaus im Moment etwas zu machen, was dem Quartier etwas nützt. Die Autos, die im Moment um den Chirchhofplatz parkiert sind, könnten alle in diesem neuen Parkhaus Platz finden. Es hat Platz für 34 Fahrzeuge, würde man diese Plätze für Fr. 120.-/Monat fix vermieten, käme man auf ein Einkommen von fast Fr. 50'000, damit könnte man schon fast den Zins bezahlen. Die grob geschätzten Kosten sind auf Blatt 8 der abgegebenen Unterlagen ersichtlich. Ebenso findet man auf Blatt 10 eine Zusammenstellung von möglichen Mieteinnahmen.

Der Motionär bittet den Einwohnerrat, dem Projekt eine Chance zu geben und die Motion an den Stadtrat zu überweisen.

Beat Hug, Baureferent, erklärt, der Stadtrat habe an seiner Sitzung vom 16. März beschlossen, nicht auf die Motion einzutreten, das sei dem Motionär so mitgeteilt worden. Die vorliegenden Unterlagen zeigten, dass das vorliegende Projekt nie kostendeckend betrieben werden könnte. Der Stadtrat weiss noch nicht so lange, dass das Zeughaus von der Jakob und Emma Windler-Stiftung nicht benutzt werden wird und hat sich deshalb auch noch nicht intensiv mit einer neuen Nutzung auseinandergesetzt. Der Stadtrat möchte Zeit, um verschiedene Varianten der Nutzung zu prüfen und möchte sich nicht schon jetzt auf einen neuen Verwendungszweck des Zeughauses festlegen.

Der Stadtrat bittet, die Volksmotion von Klaus Hagmann nicht zu überweisen.

Ruedi Vetterli, parteilos, lobt im Namen der SP-Fraktion das Engagement des Motionärs. Es werde in letzter Zeit einige Kritik an den Organen der Stadt Stein am Rhein geübt und man spüre immer wieder eine mehr oder weniger grosse Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Wenn man unzufrieden ist, hat man zwei Möglichkeiten; man kann die Faust im Sack machen und schimpfen oder man kann konstruktive Lösungsvorschläge zu einer Situation in unserem Städtchen machen. Das hat der Motionär gemacht und dafür hat er den Dank der Fraktion. Die positiven Seiten des Vorschlags liegen auf der Hand und wurden bereits erwähnt. Es handelt sich um das Wegfallen des Problems mit der Feuchtigkeit, das zur Verfügung stellen von Parkplätzen und es wären 34 Parkplätze auf einer relativ kleinen Grundfläche.

Dem gegenüber gibt es aber auch Erkenntnisse, die einer Realisierung eines solchen Parkhauses entgegenstehen. Nach Ablehnung des Parkhaus Untertor ist die gesamte Parkplatz-Situation neu zu klären und gesamthaft zu planen. Deshalb erachten wir es als ungünstig, zum jetzigen Zeitpunkt aus dem Zeughaus ein Parkhaus zu machen und einer allfälligen neuen Parkplatz-Planung vorzugreifen. Er wäre auch schade, andere Varianten für die Nutzung dieses markanten Gebäudes zu verbauen. Es ist aber ein interessanter Vorschlag zur Verbesserung der Parkplatz-Situation. Wir sind wie der

Stadtrat der Meinung, dass die künftige Nutzung wohl überlegt sein muss und verschiedene Varianten erarbeitet werden müssen. Klaus Hagmann hat erwähnt, dass dieses Parkhaus auch relativ einfach entfernt werden kann, was dann aber doch wiederum mit erheblichen Kosten verbunden ist. Deshalb sollte man sicher sein, dass man das Parkhaus auch noch in 20 Jahren möchte. Die knapp Fr. 2,7 Mio. sind viel Geld für 34 Parkplätze, das ist deutlich mehr als ein Parkplatz im Parkhaus Untertor gekostet hätte. Die prognostizierten Einnahmen von ca. Fr. 50'000 würden wie vom Motionär erwähnt, zur Verzinsung von ca. Fr. 50'000 reichen, aber das ist nur bei den momentanen Zinssätzen möglich; dazu kämen noch die laufenden Unterhaltskosten. Zudem erscheint es als nicht realistisch, dass das Parkhaus kostendeckend betrieben werden kann ohne die Unterstützung von anderer Seite und es bestehen Zweifel, ob die Benutzung als Parkhaus dem Gebäude angemessen ist.

Aus diesen Erwägungen wird die SP-Fraktion die Volksmotion Hagmann nicht überweisen.

Werner Schmid, FDP, befürwortet die Initiative der Bevölkerung, die ihre politischen Rechte wahrnimmt und vor allem, dass das Instrument der Volksmotion ein weiteres Mal zur Anwendung kommt. Grundsätzlich ist die bürgerliche Fraktion für Parkplätze unmittelbar bei den Geschäften. Ein Parkhaus, das vollautomatisch funktioniert und verhältnismässig wenig Platz beansprucht, ist sehr interessant. Aber da die Zukunft des Zeughauses noch offen ist, ist eine Verwendung aufgrund der Restriktionen sehr schwierig. Den Zeitpunkt knapp ein halbes Jahr nach der Ablehnung des Parkhauses am Untertor, erachten wir als verfrüht, um ein weiteres Projekt mit einem Parkhaus zu erarbeiten. Wir sind sehr skeptisch, ob ein solches Parkhaus zu den geschätzten Kosten realisiert werden kann. Normalerweise werden solche Anlagen in neue Gebäude eingebaut, der Tiefbau von zwei zusätzlichen Stockwerken darf nicht unterschätzt werden. Solche Anlagen sind auch fehleranfällig und in der Stadt Zürich wird ein vollautomatisches Parkhaus deshalb geschlossen. Der Betrieb ist unseres Erachtens nicht kostendeckend zu betreiben und eine Teilfinanzierung durch Dritte ist offen.

Wir sind der Meinung, dass die Nachteile und Unklarheiten überwiegen und werden daher die Volksmotion nicht überweisen.

George Berner, parteilos, verweist im Namen der Pro Stein darauf, dass viele Argumente für und gegen das Parkhaus bereits erwähnt wurden. Nach einer eingehenden Diskussion in der Fraktion über die Volksmotion sind sie zum Schluss gekommen, dem Antrag des Stadtrates zu folgen und die Motion grossmehrheitlich nicht zu überweisen.

Die vorgeschlagene Umnutzung vom Zeughaus in ein automatisches Parkhaus ist zum jetzigen Zeitpunkt aus verwaltungstechnischen und logistischen Aspekten nicht sinnvoll realisierbar. Auch wir haben Verständnis für die Bemühungen des innerstädtischen Gewerbes, eine Anzahl von Parkplätzen für ihre tägliche Kundschaft zur Verfügung zu haben. Wir anerkennen, dass die aufgezeigte Parklösung des Motionärs viel Volumen für die heutige Mobilität schaffen würde, fragen uns aber, ob man damit dem Zeughaus gerecht würde.

Diskussion

Richard Schlatter, Pro Stein, möchte wissen, wie das mit dem Baurechtsvertrag genau ist.

Stadtschreiber Stephan Brügel, informiert, dass die Jakob und Emma Windler-Stiftung anfangs Februar 2011 vom Baurechtsvertrag zurückgetreten ist und das Gebäude wieder zur freien Nutzung an die Stadt zurückgegangen ist.

Guido Lengwiler, Pro Stein, bekennt, dass er von Anfang an Sympathien mit dieser Volksmotion gehabt hat. Er hat sich seit Jahrzehnten für ein Parkhaus West stark gemacht und hat mit allen anderen zusammen eine grosse, bittere Niederlage erlebt. Es besteht ein grosser Handlungsbedarf für Leute, die in der Altstadt wohnen und endlich einmal einen trockenen, schattigen, nicht vereisten Parkplatz möchten. Für Leute, die in der Altstadt arbeiten und nicht mit schmutzigen Schuhen an die Arbeit möchten, weil sie keinen reservierten, trockenen, sauberen Parkplatz haben. Der Handlungsbedarf ist da.

Er weiss keine andere Nutzung für das Zeughaus. Er glaubt weder an die Musikschule noch an ein kreatives Atelier. Die Nutzung, die Herr Hagmann aufzeigt, besticht irgendwie. Wie sie finanziert werden soll, weiss er auch noch nicht, aber sie besticht und sie gefällt ihm. Und er ärgert sich, wenn er über den Chirchhofplatz fährt und die Autos bei den Parkplätzen rangiert werden, das könnte man mit diesem Projekt auch lösen. Er sagt nicht, diese Volksmotion ist so gut, dass alle dem zustimmen müssen, er glaubt auch nicht 100% an diese Finanzierung, ausser es gäbe eine Wink von einer Institution, die bereit gewesen wäre, für ein Parkhaus im Westen ca. Fr. 10 Mio. beizutragen. Er hat damit noch nicht gesagt, er werde dieser Motion als einziger zustimmen, aber er wird die Volksmotion nicht ablehnen. Er bittet, daran zu denken, dass ein Handlungsbedarf da ist, insbesondere im Bereich Chirchhofplatz. Für ihn ist diese Volksmotion, die heute sicher abgelehnt wird, nicht unbedingt vom Tisch. Die Idee bleibt in den Köpfen und wenn dann ein Parkhauskonzept steht, kann man darauf zurückkommen. Er möchte in diesem Sinn dem Volksmotionär danken und er hat sehr grosse Sympathien mit dieser Idee.

Werner Käser, FDP, ist als Präsident vom Gewerbeverein grundsätzlich auch für Parkplätze in Stadtnähe. Er war aber etwas überrascht, dass der gleiche Motionär, der die Parkplätze vor der Kirche abschaffen will, gegenüber neue schaffen will. Er hat vor allem grösste Bedenken wegen der Verkehrsführung, die an diesem Ort bereits jetzt problematisch ist. Wenn das Parkhaus so ausgelastet wäre, wie aufgeführt, würde alle paar Minuten eine Ein- oder Ausfahrt stattfinden und das würde die Lichtsignale sehr oft auf Rot stellen. Wie das dann funktionieren soll, kann er sich nicht vorstellen. Deshalb ist er sehr skeptisch gegenüber dieser Vorlage.

Arthur Cantieni, SP, möchte eine kurze Bemerkung zum Votum von Guido Lengwiler machen. Dieser habe vielleicht vergessen, dass seinerzeit mit der ersten Vorlage der Mehrzweckhalle Schanz ein Parkhaus geplant worden sei und die Pro Stein dagegen gewesen sei.

Beat Hug, Baureferent, weist darauf hin, dass in der Vorlage festgehalten wurde, dass diese Motion nicht einfach im Papierkorb verschwinden werde. Es wird überprüft werden, was mit dem Zeughaus gemacht wird. Ob dort einmal Velos stehen werden oder Autos, da ist noch alles offen. Die Motion wird beim Dossier Zeughaus abgelegt.

Klaus Hagmann merkt zum Schluss an, dass die Ablehnung des Parkhauses Untertor kein Argument sei, das Parkhaus im Zeughaus nicht weiter zu verfolgen. Das wäre ein total anderes Parkhaus mit anderen Voraussetzungen und Bedingungen. Das Parkhaus im Zeughaus sei vollständig im Sinn der Windler-Stiftung und wäre so auch finanzierbar. Es sei Ortsbildschutz, Sicherung von einem bestehenden Baudenkmal, er wisse nicht, was man jetzt dagegen haben könne, das zu machen.

Beschluss

Der Einwohnerrat beschliesst mit 1 Ja- und 11 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen, die Volksmotion Hagmann „Erarbeiten eines Baueingabeprojektes für die Umnutzung des Zeughauses in ein vollautomatisches Parkhaus“ nicht an den Stadtrat zu überweisen.

Mitteilung an
Baureferent
Stadtschreiber
Ablage

* * *

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

9. Motion Käser: Anpassung des Leitbildes der Stadt Stein am Rhein

Werner Käser, FDP, erläutert seine Motion. Seit einiger Zeit wird in der Bevölkerung immer wieder einmal der Vorwurf an die politischen Instanzen laut, die Stadt agiere ohne Konzept und ohne erkennbare Prioritäten. Gerade auch im Abstimmungskampf um die Parkhaus-Vorlage wurde diese Kritik wieder laut. Er lässt dahingestellt, inwieweit solche pauschalen Vorwürfe begründet sind oder nicht. Auch im Einwohnerrat wurde ab und zu der Wunsch nach verbindlichen Richtlinien der langfristigen Entwicklungsplanung laut.

Tatsache ist, dass Stein am Rhein solche Richtlinien kennt – nämlich das Leitbild der Stadt. Nur ist dieses Leitbild bald fünfzehn Jahre alt und in vielen Teilen überholt. Stichworte wie „Wärmeverbund“ fehlen und „Tourismus“ wird einmal erwähnt. Nach seiner Einschätzung sollte ein Leitbild im Rhythmus von 10 - 12 Jahren überprüft und aktualisiert werden. Er meint deshalb, dass es an der Zeit ist, dieses Leitbild von Grund auf zu überarbeiten. Ein früherer Anlauf mit gleicher Zielsetzung ist leider in diesem Einwohnerrat vor etwa drei Jahren gescheitert. Dieser Fehler sollte heute korrigiert werden.

In seiner Motion hat er ungefähr definiert, wie er sich eine solche Leitbild-Arbeit vorstellt. Was er sicher nicht möchte, ist, dass der Stadtrat bei einem Ingenieurbüro ein Leitbild bestellt, das der Einwohnerrat nachher mit mehr oder weniger Begeisterung zur Kenntnis nehmen kann. Vielmehr sollte das Leitbild unter Einbezug der Bevölkerung erarbeitet werden – mit Einbezug meint er nicht eine Informationsveranstaltung im vorgerückten Projektstadium, sondern die Möglichkeit für jede Frau und jedermann, Anliegen in die Arbeit einzubringen. Das Instrument der Grossgruppenkonferenz ist eine bekannte Arbeitsmethode dafür und in Stein am Rhein im Zusammenhang mit der Schulentwicklung auch schon eingesetzt worden. Die Erarbeitung, auch die Überarbeitung, eines Leitbildes ist eine anspruchsvolle Aufgabe, welche Zeit benötigt und auch etwas kostet – etwas kosten darf, wenn das Leitbild nicht nur ein Papiertiger, sondern eine echte Hilfe für die Entscheidungsträger sein soll.

Er hat in Stichworten angefügt, zu welchen Themen das Leitbild etwas aussagen kann und soll. Dabei möchte er betonen, dass die Aufzählung keineswegs abschliessend gemeint ist. Vielleicht kommen aus der Bevölkerung ja zusätzliche Impulse. Der Stadtrat ist in seinem Antrag noch weitergegangen und hat die Leitbilder der Stadt zur Überar-

beutung gestellt, womit er natürlich sehr einverstanden ist, wenn auch alle anderen Leitbilder ebenfalls überarbeitet werden.

Mit der Motion möchte er den Stadtrat einladen,

1. Einen Budgetantrag für das Budget 2012 zu stellen und
2. Bis Ende Jahr seine Vorstellungen über das geplante Vorgehen darzulegen.

Vielleicht reicht dann ein Jahr nicht, um das Ziel zu erreichen. Aber wir sollten uns jetzt auf den Weg machen.

Er bittet, der Motion im Interesse der wohlüberlegten Stadtentwicklung zuzustimmen.

Franz Hostettmann, Stadtpräsident, weist darauf hin, dass der Stadtrat schriftlich zu dieser Motion Stellung genommen hat und ist erfreut, dass diese Motion eingereicht wurde. Es ist ein grosses Anliegen des Stadtrates, dass die Leitbilder endlich überarbeitet werden können, sie müssen überarbeitet werden. Der Stadtrat hat ja auch noch nach Art. 28 der Verfassung den Auftrag, sich an Richtlinien zur Erfüllung seiner Aufgaben zu orientieren und das kann man schlichtweg nicht, mit einem Leitbild, dass 12, 15 oder 18 Jahre alt ist.

Der Stadtrat begrüsst deshalb selbstverständlich diese Motion und bittet, die Motion zu überweisen. Der Stadtrat wird entsprechend Offerten einholen und den Einwohnerrat dann auch entsprechend informieren. Die Bevölkerung soll miteinbezogen werden, sei das mit Arbeitsgruppen oder mit Work-Shops, sei das mit umfassenden Vernehmlassungen.

Claudia Eimer, parteilos, stellt im Namen der SP-Fraktion fest, es sehe aus, als würde der Motionär offene Türen einrennen. Alle geben sich Leitbilder. Das Wort Leitbild hört man landauf, landab im Moment. Firmen, Unternehmungen, Gemeinden, Städte, Institutionen, ob auf politischer, wirtschaftlicher, sozialer, kommunaler oder nationaler, kultureller oder sportlicher Ebene, alles ruft nach Leitbilder. Es ist verwunderlich, dass es dafür noch kein englisches Wort gibt, so im Sinn von „all over concept“.

Leitbilder sind wichtig. Leitbilder hat es immer gegeben, das ist nicht neu. In einem patriarchalisch geführten Unternehmen hat der Patron gewusst, wohin er seine Firma führen will, hat sich alleine und jetzt zitiert sie den grossen Brockhaus zum Wort Leitbild „ideale, richtungsweisende Vorstellung“ gemacht und seinem Betrieb die Ausrichtung gegeben, hat seine Mitarbeiter/-innen motiviert oder auch nicht und hat ihnen im besten Fall mitgeteilt, mit welchen Mitteln und wie er sein Ziel mit ihnen erreichen möchte. Auf eine Kurzformel gebracht heisst das: der Patron leitet und die Mitarbeiter müssen ins Bild passen.

Das ist nicht die Art von Leitbild, die wir uns vorstellen. Auch Leitbilder, die von einem externen Berater oder einem einzelnen alleine erarbeitet worden sind, akzeptieren wir nicht. Wir möchten ein Leitbild, bei dem der Prozess der Entwicklung genauso wichtig ist wie das Resultat. Der Weg ist das Ziel. Möglichst viele Leute aus verschiedenen Gebieten und verschiedene Erfahrungen sollten eingebunden werden und ihre Grundüberlegungen und Visionen einbringen und so einen Roten Faden für die Zukunft von unserer Stadt entwickeln. So erreichen wir automatisch, dass der Inhalt vom Leitbild Bestandteil der Meinungen und des Denkens von möglichst vielen Steinerinnen und Steinern ist. Nur ein Leitbild, das von vielen erarbeitet worden ist, wird auch von vielen gelebt und mitgetragen. Sonst haben wir die Situation, dass wir nachher viele Gruppierungen haben, die sich nicht eingebunden fühlen, die sich nicht mit angehört fühlen und das wollen wir nicht.

An diesem Leitbild kann man sich dann orientieren und Prioritäten setzen und ideal ist es, wenn man diesen Roten Faden auch als Instrument braucht um Strategien auszuarbeiten. Das Leitbild sollte so konkret wie möglich und so generell wie nötig sein.

Es ist klar, dass ein Erarbeiten eines Leitbildes viel Zeit braucht und bis es soweit ist, halten wir ganz klar an den Prioritäten fest, dass zuerst die HOGA-Halle kommt, dann Vor der Brugg und die Alterswohnungen.

Sie möchte gerne einen Antrag stellen und zwar betreffend den letzten Satz der Motion. Die Antrags-Stellung wird vom Einwohnerrats-Präsident als nicht möglich abgelehnt.

Richard Schlatter, Pro Stein, nimmt im Namen der Fraktion Stellung. Sie sind auch der Meinung, dass es sehr wichtig ist, dass man Leitbilder hat, die möglichst breit abgestützt sind, dass sich die Bevölkerung involviert fühlt. Es wurde bereits vom Motionär und von Claudia Eimer erwähnt, dass die Erarbeitung eines solch umfassenden Leitbilds breit abgestützt sein muss und dass das sehr viel Zeit beansprucht. Wir glauben aus diesem zeitlichen Rahmen heraus, dass diese Motion zum falschen Zeitpunkt kommt.

Wir haben drei Gründe, wieso sie diese Motion nicht überweisen wollen.

1. Der Finanzplan ist noch nicht da. Wir sind der Meinung, dass man ein solches Leitbild erst erarbeiten sollte, wenn man den Finanzplan gesehen hat, die Ideen des Stadtrats kennt, dass man aufgrund davon eine bessere Handhabung hat.
2. + 3. Nächstes Jahr sind Gesamterneuerungswahlen. Wir rechnen damit, dass es relativ grosse Wechsel geben wird in den politischen Gremien und wir glauben, dass der Stadtrat so wie er jetzt dasitzt mit dem Stadtpräsidenten, welcher eine dominante Funktion hat, nicht flexibel und offen genug ist, um wirklich von Grund auf mit der Bevölkerung ein solches Leitbild zu erarbeiten. Wir sind deshalb der Meinung, dass man die Gesamterneuerungswahlen abwarten sollte und die Erarbeitung eines solchen Leitbildes eine gute Basis ist, um das Vertrauen der Bevölkerung in eine neue Exekutive und andere politischen Gremien aufzubauen.

Wir finden die Ideen richtig, den Zeitpunkt falsch. Deswegen ist die Pro Stein nicht für die Überweisung.

Franz Marty, Einwohnerratspräsident, präzisiert, dass der Antrag von Claudia Eimer doch gestellt werden könne gemäss Motionen/Postulate der Geschäftsordnung Artikel 32, Absatz 5. Claudia Eimer könne demzufolge ihren Antrag jetzt einbringen und wenn Werner Käser einverstanden sei, könne der Einwohnerrat darüber abstimmen.

Werner Käser möchte vorher Richard Schlatter kurz Antwort geben, zu dessen Ausführungen. Über den Finanzplan wurde bereits gesprochen und es wird gehofft, dass dieser bis zum Budget 2012 im Dezember 2011 vorliegt. Seine Prognose ist, dass, wenn die Motion heute angenommen wird, bis im Dezember noch gar nichts vorliegen wird, sodass der Finanzplan durchaus einfließen kann. Das Leitbild wird in den nächsten zwei Jahren 2012/2013 erarbeitet werden. Es kann sein, dass die Gesamterneuerungswahlen einen gewissen Wechsel bringen, auch im Einwohnerrat, aber in diesem Zusammenhang ist der Einwohnerrat gar nicht so wichtig. Man möchte das Leitbild ausarbeiten mit Einbezug der Bevölkerung und diese ist nach den Wahlen immer noch die Selbe. Es kann doch nicht sein, dass die Planung unserer Zukunft einfach still liegt, weil irgendwann Wahlen sind. Wir müssen doch weiter arbeiten und wenn wir dann nicht mehr in diesem Gremium sind, müssen andere unsere Arbeit fortsetzen. Es ist jetzt nicht ungünstiger als irgendwann sonst, um an einem neuen Leitbild zu arbeiten.

Zum Antrag, den die SP stellen will. Er hat von diesem Antrag Kenntnis und hat beschlossen, dass er an seiner Motion festhält. Er ist aber einverstanden, dass dieser Antrag gestellt wird.

Richard Schlatter meldet sich nochmals kurz zu Wort. Es sei klar, dass auch in der jetzigen personellen Zusammenstellung Vorarbeit geleistet werden könnte. Er möchte einfach ein Beispiel herausnehmen, das er erlebt hat als Kommissions-Mitglied am

Runden Tisch. Das war eine Kommission, die 12 Jahren gearbeitet hat und anschliessend erfolglos aufgelöst worden ist. Und er weiss, dass es Leute gibt, die bereits im Vorherein sagen, dass sie nicht mehr mitmachen unter diesen Voraussetzungen und jenen Köpfen, die bei einer Leitbild-Erarbeitung zwingend dabei sind. Weil schon viel zu fest die Schienen gelegt wurden und ein Weg eingeschlagen ist, die Ideen in den Köpfen schon so weit entwickelt sind, dass man nicht bereit ist, wieder auf die Basis zurückzukommen und nochmals neu anzufangen. Das ist sein Empfinden. Man verliere in der konstruktiven Arbeit vielleicht ein Jahr, aber er glaubt einfach, dass man mit frischem Wind und vielleicht neuen Personen in diesen Gremien viel effizienter und konstruktiver arbeiten könnte.

Claudia Eimer wendet ein, die SP habe sich die gleiche Überlegung auch gemacht und deshalb sei es wichtig, dass der Stadtrat bis Dezember 2011 einen Zwischenbericht über die geplante Vorgehensweise vorlegt. Dann habe man ein Instrument, bei dem man sagen könne, ob wir einverstanden sind und sonst muss der Stadtrat nochmals über die Bücher. Sie sei auch nicht dafür zu sagen, nur weil die Konstellation so ist, machen wir nichts mehr. Es finden sich immer Leute, die dem ganzen nochmals eine Chance geben. Man hat es ja noch gar nie in dieser Art und Weise aufgegleist mit diesen Grossgruppen, mit der Gruppenarbeit und den Work-Shops. Allein schon die Zusammensetzung des Einwohnerrates in den vergangenen 12 Jahren habe sich etwas geändert.

Antrag Claudia Eimer

Der letzte Satz der Motion sollte wie folgt geändert werden:

„Der Stadtrat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis Dezember 2011 einen Bericht und Antrag über die geplante Vorgehensweise und den dafür notwendigen Kredit vorzulegen“.

Der SP scheint dies noch etwas prägnanter zu sein, damit man bis Ende Jahr einen Bericht und einen Antrag hat.

Werner Käser ist offen für beide Formulierungen, hat aber beschlossen an seiner Formulierung festzuhalten. Man könne aber durchaus darüber abstimmen.

Da Werner Käser an seinem Antrag festhält, wird der Antrag von Claudia Eimer nicht weiter verfolgt.

Guido Lengwiler, Pro Stein, wirft ein, dass dieser Text gar nicht geändert werden müsse. Wenn diese Motion jetzt überwiesen werde, dann sei der Stadtrat verpflichtet innerhalb eines halben Jahres einen Bericht vorzulegen, wie er weiter vorgehen wolle.

Arthur Cantieni, SP, möchte noch etwas zur Vorgehensweise sagen. In der Geschäftsordnung stehe eindeutig: „dabei ist es gestattet, im Einverständnis mit der Motionärin oder dem Motionär, Zusatz- oder Änderungsanträge zu stellen, über welche gleichzeitig beraten und abgestimmt wird“.

Über einen solchen Zusatzantrag könne abgestimmt werden, da spräche nichts dagegen.

Claudia Eimer wiederholt ihren Antrag, den letzten Satz der Motion wie folgt zu ändern:

„Der Stadtrat wird gebeten, dem Einwohnerrat bis Dezember 2011 einen Bericht und Antrag über die geplante Vorgehensweise und den dafür notwendigen Kredit vorzulegen“.

Beschluss

Der Antrag Eimer wird mit 6 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen.

Urs Weibel, SP, möchte noch kurz etwas zu dieser Motion sagen, da er vor 3 Jahren zu jener Minderheit gehört hat, die die Überarbeitung der Leitbilder anpacken wollte.

Seinerzeit hatte man argumentiert, jetzt sei die Diskussion mit Hemishofen usw. Es habe sich heute Abend wieder gezeigt, es ist immer der richtige bzw. falsche Moment um neue Leitbilder anzupacken. Wir wissen auch nicht, wie es mit Hemishofen weitergeht, es kann durchaus sein, dass sie bald wieder einmal an die Türe anklopfen. Wir haben die Argumente der Pro Stein von Richard Schlatter gehört. Der Finanzplan wird vorgelegt werden und „Vor der Wahl ist nach der Wahl“. Dieses Argument kann man in zwei Jahren wieder bringen, es ist immer der falsche Zeitpunkt. Er sieht es als Chance im Vorfeld der Wahlen auch neue Kräfte in die Politik hineinzubringen. Dabei wäre eine offene Diskussion durchaus eine Plattform mit Leuten in Kontakt zu kommen, die sich bis jetzt politisch nicht so engagiert haben, aber durchaus ein grosses Interesse an der Entwicklung von Stein am Rhein haben. Das brächte vielleicht auch frischen Wind in sämtliche politischen Gremien. Wenn man die Wahlen jetzt abwartet, wird es zwar gewisse Köpfe geben, die wahrscheinlich nicht mehr hier sitzen werden, aber er geht davon aus, dass ein grosser Teil noch da sein wird.

Werner Käser ist mit Interesse der Diskussion gefolgt. Wie so oft ist es die Frage, ob der Zeitpunkt richtig ist, um etwas zu beginnen. Man muss jetzt ein Zeichen setzen, dass man an die Zukunft des Städtchens glaubt und diese mitprägen und beeinflussen will. Er bittet deshalb, der Motion zuzustimmen.

Beschluss

Die Motion von Werner Käser „Anpassung des Leitbildes der Stadt Stein am Rhein“ wird mit der Anpassung aus dem Antrag Claudia Eimer mit 9 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen an den Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an
Stadtpäsident
Stadtschreiber
Ablage

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte sich noch schnell zum Thema Motion/ Volksmotion äussern. Primär ist die Motion ein Instrument des Einwohnerrates. Die Volksmotion ebenfalls. Wir hören den Motionär an und dann sagen die Fraktionen, was sie dazu meinen. Wenn wir bereits im Voraus wissen möchten, wie der Stadtrat reagieren wird, wenn wir zustimmen, können wir diesen kontaktieren. Aber grundsätzlich geht es doch nicht an, dass der Stadtrat bereits eine fertige Vorlage vorlegt. Das ist nach seiner Ansicht nicht das Verständnis einer Motion. Der Einwohnerrat fällt einen Beschluss und gibt dann dem Stadtrat den Auftrag oder erhält entsprechende Informationen. Aber wenn die Türen bereits schon offen sind, ist der Zweck vielleicht erfüllt, aber es ist nicht mehr das Motions-Instrument des Einwohnerrates.

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

10. Motion Knecht: Antrag Änderung Art.4 Geschäftsordnung des Einwohnerrates

Uschi Knecht, FDP, möchte sich kurz halten. Am Freitag nach Auffahrt haben die Anwesenden die Papiere für die heutige Sitzung erhalten mit 11 Vorlagen für heute Abend. Viele Punkte auch im Spitex-Bereich sind sehr komplex und man muss sie studieren, damit man sich auch ein richtiges Bild machen kann. Um eine gute Arbeit zu leisten, muss man sich in die Vorlagen einlesen können, evtl. Rückfragen stellen, weitere Infos und Unterlagen einholen. Wenn es dann in diese 11 Bereiche geht, kann man das in dieser kurzen Zeit kaum machen. Dazu kommt, dass man die Vorlagen auch noch mit seinen Parteimitgliedern besprechen möchte. Es geht allen gleich, alle sind berufstätig, wir müssen die Unterlagen sorgfältig studieren.

Sie stelle heute Abend mit der Motion den Antrag, den alten Text, der heisst „die Einladung erfolgt in der Regel mindestens vierzehn Tag vor der Sitzung“ auf „erfolgt in der Regel mindestens drei Wochen vor der Sitzung...“ abändern lassen.

Sie wäre froh, wenn die anderen Mitglieder den Vorschlag unterstützen würden.

Franz Marty erklärt das Vorgehen. Wenn die Motion angenommen wird, nimmt diese das Büro des Einwohnerrates entgegen, würde etwas vorbereiten und an der nächsten Sitzung würde diese Änderung dann zur Abstimmung vorgelegt.

Claudia Eimer, parteilos, nimmt an, dass es allen ein wenig geht wie ihr: Man hat immer zu wenig Zeit. Ob zwei oder drei Wochen spielen da nicht so eine Rolle. Die Wochen vor der Einwohnerrats-Sitzung sind immer sehr aktiv. Man geht noch bei verschiedenen Büros vorbei und versucht sich zusätzlich zu informieren. Elektronisch erhält man die Unterlagen jetzt ja schon etwas früher. Generell sind den drei Wochen nichts entgegenzusetzen. Wenn mehr Zeit bessere und umfassendere Information bedeutet, auch im Sinne von Gesprächen und Abklärungen an Ort und Stelle, dass man sich direkt ein Bild machen kann und direkt von den betroffenen Personen Auskunft erhält, ich denke da z.B. an die Kita und ihre Betreuerinnen, werden wir der Motion sehr gerne zustimmen.

Käthi Rietmann, Pro Stein, merkt an, dass alle zu wenig Zeit haben. Ob zwei oder drei Wochen spiele nicht so eine Rolle, es werde immer eng. Die Exekutive muss bis zum Schluss noch Abklärungen treffen und sie sei überzeugt, dass diese um jede Minute dankbar ist, die sie hat um die Vorlagen vorzubereiten. Der Stadtschreiber ist bemüht, die Unterlagen so früh wie möglich zu liefern. Die Zeit ist immer knapp, aber aus Sicht der Pro Stein ist keine Änderung notwendig.

Diskussion

Arthur Cantieni, SP, ist für die Motion. Er hat die Unterlagen am Samstag erhalten, ist am Sonntag in die Ferien und konnte die Unterlagen deshalb erst vier Tage vor der Sitzung studieren. Das wird dann sehr knapp. Er wäre froh, wenn die Unterlagen etwas früher zugestellt würden.

Richard Schlatter, Pro Stein, möchte darauf hinweisen, dass doch die meisten Vorlagen in Kommissionen erarbeitet werden, wo die Fraktionen Mitglieder haben, die wissen, was in diesen Geschäften läuft und die der Fraktion oder einzelnen Mitgliedern persönlich Auskunft geben können. Viele Vorlagen werden an der Fraktions-Sitzung

durch die Kommissions-Mitglieder vorgetragen, dort behandelt und man kann Fragen stellen. Er ist der Meinung, dass die Flexibilität des Stadtrates zu sehr eingeschränkt wird. Er möchte an die kurzfristige Vorlage des Waldkindergartens erinnern, die dringend behandelt werden musste, damit dieser verwirklicht werden konnte. Wenn die drei Wochen seinerzeit gewesen wären, hätten man bei dieser Vorlage grosse Probleme bekommen.

Guido Lengwiler, Pro Stein, möchte hier dem Stadtrat, insbesondere dem Stadtschreiber helfen. Für diese Sitzung hätte der Stadtschreiber alle Unterlagen am 25. oder 26. Mai auf die Post geben müssen, damit diese am 27. bei den Einwohnerräten eingetroffen wären. Ansonsten wäre man nicht ordentlich eingeladen worden. Er hat einen anderen Vorschlag an den Stadtschreiber. Dass, wenn dieser eine Vorlage hat und diese definitiv an der nächsten Sitzung vorgelegt wird, diese bereits vorher elektronisch an die Mitglieder überstellt wird. So haben alle die Möglichkeit, sich bereits vorangehend zu informieren. Der Stadtschreiber muss aber die Möglichkeit haben, wenn ein Geschäft noch dringend hineinkommt, dass er den Einwohnerrat noch innerhalb dieser zwei Wochen informieren kann. Sonst engen wir den Stadtrat ein und das wäre nicht im Sinn der Geschäfte, die behandelt werden müssen.

Uschi Knecht, FDP, wendet ein, dass sie klar formuliert hat „in der Regel mindestens 3 Wochen“ um genau diese Chance auch zu geben. Aber sie denkt, es gibt komplexe Sachen und es gibt nicht nur Kommissions-Arbeit, es gibt daneben Sitzungen mit der Partei, bei denen man die Vorlagen anschauen möchte und in den letzten zwei Wochen rennt man anderem hinterher, möchte noch andere Informationen holen. Deshalb möchte sie so lange Zeit haben, wie möglich.

Arthur Cantieni, SP, wirft ein, dass bereits jetzt in der Geschäftsordnung steht „die Einladung erfolgt in der Regel“ und es steht geschrieben, „in dringenden Fällen kann durch persönliches Aufgebot zur Sitzung eingeladen werden“. Er ist der Meinung, dass wenn Vorlagen pfannenfertig sind, man diese dem Einwohnerrat geben kann und wenn dann doch noch etwas kommt, hat niemand etwas dagegen, wenn er das noch kurzfristig erhält.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, dass es grundsätzlich an der Planung der Geschäfte liege, wie der Stadtrat diese im Vorfeld aufgleise. Der Sitzungsrythmus ist bekannt und sollte die Motion ans Büro des Einwohnerrates überwiesen werden, ist es durchaus denkbar, dass der Stadtrat seinen Sitzungsplan so anpasst, dass er die drei Wochen einhalten kann. Die Stadtrat-Sitzung müsste einfach eine Woche vorher angesetzt werden. So liege es gar nicht so beim Stadtschreiber sondern bei den einzelnen Referenten. Um die Vorlagen fertigzustellen, müsste er dann darauf beharren, dass die Unterlagen früher zu ihm kommen. Betreffend elektronische Übermittlung versuche er die Mitglieder so gut wie möglich zu beliefern. Er könne einfach versprechen, wenn etwas fertig ist und die Zustimmung des Stadtrates vorliegt, dass man die Unterlagen sofort zustellen kann.

Werner Schmid, FDP, möchte noch kurz etwas zum Zeitdruck sagen. Wenn er richtig informiert sei, habe der Stadtrat im letzten Jahr 27 Sitzungen gehabt, der Einwohnerrat sechs. So gross könne der Zeitdruck nicht sein, dass die drei Wochen nicht möglich seien.

Uschi Knecht, FDP, verweist darauf, dass man jetzt viele Gründe gehört habe, die dafür sprechen und viele dagegen. Dass man die 3 Wochen einhalten könne, sei eine reine Planungssache. Sie stehe nach wie vor hinter ihrem Antrag und bittet, diesen zu unterstützen.

Beschluss

Der Einwohnerrat beschliesst mit 7 Ja- gegen 4-Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen die Motion Knecht „Antrag Änderung Art. 4 Geschäftsordnung des Einwohnerrates“ an das Büro des Einwohnerrates zu überweisen.

Mitteilung an

Franz Marty, Einwohnerratspräsident z. Hd. Büro des Einwohnerrates
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

11. Postulat Knecht: Überprüfen von Art. 32 Geschäftsordnung des Einwohnerrates

Uschi Knecht, FDP, erklärt, an der letzten Einwohnerrats-Sitzung sei ihr am Schluss hängengeblieben, dass die Annahme der Volksmotion Fragen aufgeworfen habe. Zu Hause habe sie sich überlegt wieso, sie hätten auch schon Motionen zu Sachgeschäften gehabt und warum nun dieses Mal nicht.

Wie sieht das nun mit den Motionen bzw. Volksmotionen betreffend Sachgeschäften wirklich aus? Es ist ihr ein Anliegen, dass bei der Entgegennahme und Behandlung von Motion bzw. Volksmotion Rechtssicherheit herrscht. Es soll nicht Usus gemäss sein, sondern Klarheit herrschen, was mit einer Motion oder Volksmotion verlangt oder beantrag werden kann. Sie möchte, dass für alle das gleiche Deutsch und das gleiche Rechtsdeutsch gesprochen wird. Sie ist keine Gegnerin von Sachgeschäften sondern möchte eine klare Regelung, damit klar lesbar ist, was eine Motion ist und was ein Postulat.

Sie bittet deshalb das Büro des Einwohnerrates sich Art. 32 anzunehmen und ihre Frage rechtlich zu klären.

Rolf Oster, SP, kann den Antrag nachvollziehen und ist dann in die Gesetzgebung gegangen und in die Geschäftsordnung des Kantonsrates. Dort spricht man überall nicht von diesem Sachgeschäft und wenn man das Gemeindegesetz anschaut, ist es auch nicht explizit erwähnt. Aber es würde ihn interessieren, wie das juristisch aussieht. Es hat sich so eingebürgert und die meisten Motionen gehen eigentlich um Sachgeschäfte. Andererseits kann man argumentieren, dass der Stadtrat für Sachgeschäfte eigentlich zuständig ist und deshalb sieht er eigentlich wenige Chancen, dass man überhaupt etwas ändern kann. Aber wenn das Büro das juristisch abklären könnte, wäre das interessant.

Käthi Rietmann, Pro Stein, erklärt, dass Klarheit immer wünschenswert sei und sie für die Überprüfung der Geschäftsordnung sind. Sie machen die Anregung, dass gleichzeitig noch andere Streitige Punkte in der Geschäftsordnung angeschaut werden.

Detailberatung

Urs Weibel, SP, erinnert sich, dass man sich seinerzeit, als man die Geschäftsordnung überprüft und angepasst hat, an der Verfassung orientiert hat. Es sind ja im grossen Stadtrat und auch im Kantonsrat immer ähnliche Formulierungen. Er weiss nicht, wie das gehandhabt wird, es ist nicht immer die konkret gleiche Formulierung. Man hat keine Steiner Lösung gesucht, aber man sollte das nochmals anschauen und vielleicht gibt es Gemeinden, die das so formuliert haben, dass es wirklich hieb- und stichfest für alle Motionäre, Volksmotionäre usw. ist.

Werner Käser, FDP, merkt an, dass es nicht heisst, dass der Wortlaut der Geschäftsordnung geändert werden muss, vielleicht müsse man einfach anders umgehen mit dem, was dort steht, das könnte evtl. eine Konsequenz daraus sein.

Stephan Brügel, Stadtschreiber, erklärt, das Organisationsgesetz des Bundes sage ganz klar, was rechtssetzende Beschlüsse sind: Das sind Verfassung, Gesetze, Verordnungen und Reglemente. Das sind rechtssetzende Beschlüsse. Der Kanton hat eine andere Formulierung, die Gemeinde Neuhausen hat eine andere Formulierung, die Gemeinde Thayngen hat eine andere Formulierung; diese schreiben, von „allen Beschlüssen, die im Bereich des Einwohnerrats liegen“; mit dieser Formulierung sind alle

Geschäfte gemäss Verfassung beinhaltet. Bei rechtssetzenden Beschlüssen darf man nur sogenannte Normen ändern.

Uschi Knecht spürt eine grossmehrheitliche Akzeptanz und sie möchte diesen Punkt wirklich klären. Sie übergibt das gerne an das Büro und hofft, dass sie dabei vom Einwohnerrat unterstützt wird.

Beschluss

Der Einwohnerrat beschliesst mit 12 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen das Postulat Motion Knecht „Überprüfen von Art. 32 Geschäftsordnung des Einwohnerrates“ an das Büro des Einwohnerrates zu überweisen.

Mitteilung an

Franz Marty, Einwohnerratspräsident z. Hd. Büro des Einwohnerrates
Stadtschreiber
Ablage

INNERES, Einwohnerrat, Einwohnerrat

03.20.000

12. Allgemeine Umfrage

Claudia Eimer, parteilos, hätte vom Stadtpräsidenten gerne eine Antwort zur Motion Jugendschutz. Sie weiss, die Sitzung hat stattgefunden. Wie steht es mit der Umsetzung, wie ist es mit dem Zeitrahmen, wie ist das weitere Vorgehen.

Franz Hostettmann, Stadtpräsident, informiert, dass sie sich in der Arbeitsgruppe eingehend mit der Motion Claudia Eimer auseinandergesetzt haben. Sie haben eine Beratung in der ersten Lesung durch, passen die Texte jetzt an und es kommt in die nächste Kommission-Sitzung. Sie werden den Zeitrahmen einhalten und bis zur Sitzung Dezember können sie Bericht und Antrag stellen.

Uschi Knecht, FDP, bittet den Stadtrat, den Einwohnerrat über den Stand betreffend Alterswohnungen zu informieren. Das wäre ein grosses Anliegen, da alle auf dem gleichen Stand sein sollten.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen.

Die nächste Sitzung findet am 2. September 2011 statt.

Schluss der Sitzung um 22.30 Uhr.

Stein am Rhein, 24. Juni 2011

Die Protokollführerin

Yvonne Widmer